Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 6.00, monatlich 2.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 110 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 100 Pfg., Reklamen 320 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 65. Mittwoch, den 17. März 1920. 27. Jahrg.

Der gekappte Kapp.

Bedingungsloser Rücktritt der Kapp und Lüttwitz. — Kommunisten und Unabhängige in Berlin für Diktatur des Proletariats. — Berlin vor schwersten Kämpfen.

Auf dem Umwege über Hamburg ging uns von einer durchaus zuverlässigen und auch in der Regel gutunterrichteten Seite gegen 10 Uhr vormittags die Nachricht zu, daß Kapp zurückgetreten sei. Daß der Zusammenbruch der Nebenregierung Kapp-Lüttwitz nahe bevorstand, ging bereits aus dem Rundtelegramm des Reichsministers Koch hervor, das Dienstag nachmittag in unsere Hände gelangte. Kapps Einfluß war von Stunde zu Stunde im Schwinden. Er fand niemand, außer Lüttwitz, der es auf sich nahm, in eine von ihm gebildete Regierung einzutreten. So blieben die beiden Staatsstreichler Kapp und Lüttwitz allein auf weiter Flur. Der Antisemit Bredereck als Pressechef sorgte mit einigem Tamtam dafür, daß das unwissende Volk über die wahre Lage der Staatsstreichbande nach Möglichkeit im Unklaren gehalten wurde. Bereits seit Montag war der Einfluß der Rebellen merklich im Schwinden begriffen, nachdem der Versuch mißlungen war, die „Unabhängigen" vor den Karren der Kapp und Lüttwitz zu spannen. Ein Triumvirat Kapp-Lüttwitz-Däumig wäre auch geradezu ein Hohn auf das revolutionäre Gebaren der „Unabhängigen" gewesen. Eine solche Selbstmordtaktik haben wir den Däumig und Gen. niemals zugetraut.

Als es immer mehr bergab ging, sandten Kapp und Lüttwitz Flieger aus, die überall Flugblätter abwerfen mußten, um damit Stimmung zu schinden. Ueber Lübeck erschienen sie Dienstag nachmittag. Eins der uns zugestellten Flugblätter enthält zwei Aufrufe. Der eine bringt die bekannte **bewußte falsche** Mitteilung, daß mit der „früheren Regierung Ebert-Noske auf deren Wunsch in Verhandlungen eingetreten worden" sei. Der andere Aufruf wendet sich an die Arbeiterschaft, um sie für die Rebellen Kapp und Lüttwitz zu kirren, und hat folgenden Wortlaut:

Berlin, den 16. März, 8 Uhr morgens.

An die Arbeiter!

Alle Freiheiten des Arbeiters bleiben unangetastet bestehen. Darum kehre jeder vertrauensvoll an seine Arbeit zurück. An eine Aufhebung des Betriebsrätegesetzes wird nicht gedacht.

Was macht die Entente?

Die Entente verhält sich gegenüber der Entwicklung in Deutschland abwartend und ist wohlwollend, wenn Ruhe und Ordnung bleibt.

Alle Nachrichten vom Einrücken der Entente sind Lügennachrichten und von unverantwortlicher Seite verbreitet.

Die Reichskanzlei.

Selbstverständlich ist auf diesen riesengroßen Schwindel kein einziger Arbeiter reingefallen. Die Sache der Kapp-Lüttwitz stand bereits oberfaul, als die Flieger in Berlin aufstiegen und ist nunmehr vollständig zusammengebrochen. Nach Meldungen, die uns selbst zugingen, sowie nach einer Berliner Meldung der „Frankf. Zeitung" haben Kapp und Lüttwitz inzwischen ihren bedingungslosen Rücktritt erklärt, und damit dürfte in dem Zwischenspiel der Gegenrevolutionäre von rechts der Vorhang gefallen sein, wenn auch noch hier und da im Lande die Rasselbande der Lüttwitze allerlei Unfug und Unheil anrichten wird.

Aber eine andere Sorge steigt herauf, die zu bannen vielleicht mehr Umstände machen wird, als die Beseitigung der Kapp-Lüttwitze. Die Gegenrevolution von rechts hat die Gegenrevolution von links ausgelöst. In Berlin hat sich ein unabhängig-kommunistischer Aktionsausschuß gebildet und die Diktatur des Proletariats verkündet. Berlin steht vor den allerschwersten Kämpfen. Der Bolschewismus züngelt auf und droht die deutsche Republik in den allerschlimmsten Bürgerkrieg zu verstricken. Die Gefahren, die der demokratischen Republik von dieser Seite drohen, sind nicht geringer, als die es seitens der Lüttwitze gewesen sind. Deshalb heißt es jetzt wieder:

Rettet die demokratische Republik!

Bedingungsloser Rücktritt der Kapp und Lüttwitz.

TU. Frankfurt a. M., 17. März. Die „Frankf. Zeitung" meldet aus Berlin: Auf Grund von in der Reichskanzlei geführten Verhandlungen haben die Herren Kapp und v. Lüttwitz nach einigem Schwanken ihren bedingungslosen Rücktritt erklärt.

Der Bolschewismus erhebt sein Haupt.

TU. Berlin, 17. März. Es hat sich hier ein kommunistischer Aktionsausschuß unter Führung der Unabhängigen Cohn, Däumig, Dr. Goldschmidt, Kurt Geyer, Neumann, Dr. Rasch, Braß-Remscheidt, Teichmann und Müller gebildet, zum Zwecke der Diktatur des Proletariats. Die Stellung der Reichswehr, der Sicherheitswehr und der Beamtenschaft ist unter diesen veränderten Verhältnissen von jedem Gewissenszwang befreit. Augenblicklich finden wichtige Besprechungen zwischen der alten und der neuen Regierung und den Führern der Parteien über ein gemeinsames Vorgehen gegen den Bolschewismus statt.

TU. Stuttgart, 17. März. Nach zuverlässigen Meldungen, die hier eingetroffen sind, steht Berlin vor den schwersten Kämpfen.

Kapp vor dem Zusammenbruch.

Stuttgart, 16. 3. 1920, 11 Uhr 20 Min.

Kapp im Zusammenbrechen. Sein Einfluß nur noch auf Teile Berlins beschränkt. Kapp sucht durch leere Versprechungen Unabhängige an sich zu ziehen. Meldungen von Verhandlungen zwischen ihm und verfassungsmäßiger Reichsregierung erlogen. Reichswehr im ganzen Westen und Süden sowie Sachsen treu. Nationalversammlungsabgeordnete sollen sofort nach Stuttgart kommen; wo Streik, verhandelt wegen Extrazüge. Sorgt für Verbreitung, benachrichtigt andere Koalitionsparteien.

Reichsminister des Innern: Koch.

Das Ruhrrevier gegen Kapp.

zh. Dortmund, 16. März. Die Gewerkschaftsvertreter der Bergarbeiter im Ruhrgebiet sind für die alte Regierung.

zh. Magdeburg, 16. März. Magdeburg hat sich für die alte Regierung erklärt. Das Schützenregiment ebenfalls. Pioniere haben die Zitadelle (Waffenlager für die alte Regierung) besetzt. General Godek ist für Kapp, stützt sich aber nur auf Zeitfreiwillige.

zh. Karlsruhe, 16. März. Sämtliche süddeutschen Regierungen lehnen Verhandlungen mit Kapp ab.

Ebert, Bauer und Müller über die Lage.

Es gibt keine Verständigung mit den Rebellen.

Reichspräsident Ebert gewährte einem Vertreter des „WTB." eine Unterredung, in der er u. a. ausführte: Mit der Reichsregierung befinde ich mich in voller Uebereinstimmung. Von der Erklärung, die wir in der Nacht vom Sonnabend auf das Ultimatum der Staatsstreichler gegeben haben, sind wir bisher nicht abgewichen. **Von einer Verständigung mit den eidbrüchigen Verfassungsfeinden kann keine Rede sein.** Ihr Wort verdient kein Vertrauen. General Märker hat von uns **keinen Auftrag zu Verhandlungen mit den Berliner Staatsstreichlern.** Wir haben General Märker vielmehr gesagt, daß es bei unserer Erklärung auf das Ultimatum bleiben müsse. Den Vertretern der Koalitionsparteien haben wir mitgeteilt, daß wir auf den **bedingungslosen Rücktritt der Staatsstreichler** bestehen müssen. Von Berlin hat sich heute (Dienstag) eine Deputation von Politikern, bei denen sich General Märker befinden soll, angemeldet, bis zur Stunde (1½ Uhr mittags) sind sie noch nicht eingetroffen. **Die Situation im Reiche gestaltet sich immer mehr zu unseren Gunsten.** Württemberg hält fest zu uns, ebenso stehen Bayern, Hessen und Sachsen und ganz Nordwest-Deutschland auf dem Boden der Verfassung und halten treu zu uns. **Nur in Ostelbien haben die Staatsstreichler bisher einige Anhänger gefunden.** Dieser Anhang rekrutiert sich aus der altpreußischen Reaktion. In Süddeutschland herrscht darüber große Empörung, ebenso nach uns zugegangenen Nachrichten im Rheinland und Westfalen.

Wenn es durch das Vorgehen der Staatsstreichler **in mehreren Orten zu gewaltsamen Zusammenstößen** kam, die unser Wirtschaftsleben schwer erschüttern und unsere Ernährung auf das schwerste gefährden, so trifft **die volle Verantwortung die deutschnationalen Putschisten.** General Lüttwitz habe ich vor Ausführung seines Planes auf das nachdrücklichste auf die Folgen aufmerksam gemacht. Die Nationalversammlung wird vorläufig in Stuttgart tagen, ebenso wird der Reichsrat hier zusammentreten. Die Deutschnationalen werden sich wohl fernhalten, dagegen sind **schon mehrere Unabhängige hier in Stuttgart.** Unser Ziel ist: **Sicherstellung der Verfassung, schnellste Wiederherstellung der wirtschaftlichen Ordnung und öffentlichen Sicherheit.** Wir werden darauf bestehen, daß **die rebellischen Truppen aus Berlin zurückgezogen und aufgelöst werden.** Es zeigt sich jetzt klar, daß die seit Wochen betriebene Hetze der Deutschnationalen auf den Sturz der Verfassung und der Demokratie gerichtet war.

Demokratie oder militärische Reaktion, das ist die Frage.

Ich zweifle keinen Augenblick, daß die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes zur Demokratie steht.

Der Reichsaußenminister H. Müller, der der Besprechung beiwohnte, führte unter anderem aus: Der Präsident der deutschen Friedensdelegation in Paris steht in ständiger Verbindung mit mir und führt die Geschäfte am Auftrage der verfassungsgemäßen Regierung. Ich stelle zu den von den Berliner Staatsstreichlern verbreiteten Meldungen fest, daß **die alliierten Regierungen weder Herrn Kapp und Genossen anerkannt haben, noch daran denken, mit ihnen in diplomatische Beziehungen zu treten.**

Mit den Rebellen wird nicht verhandelt.

Die „Frankf. Ztg." meldet aus Stuttgart: Reichskanzler Bauer gab kurz nach seiner Ankunft auf dem Hauptbahnhof den Vertretern der Presse Erklärungen über die Auffassung der Reichsregierung und sagte u. a.: Ueberall sei Neigung zu weitausgedehnten Generalstreiks vorhanden. Die Regierung habe dazu nicht aufgerufen. Sie sei in ihrer Gesamtheit der Meinung, daß, wenn nichts anderes übrig bleiben sollte, allerdings zur Abwehr der Umsturzbewegung auch der Generalstreik zur Anwendung kommen müßte. Die Situation sehe aber für die Staatsstreichler so wenig hoffnungsvoll aus, daß ein so starkes Mittel kaum angewendet zu werden brauchte. Der Reichskanzler schilderte dann die verhängnisvollen Folgen des Putsches und teilte mit, eine der wichtigsten Forderungen des Generals von Lüttwitz an die Reichsregierung sei gewesen, die Reichswehr nicht weiter abzubauen, sondern im Gegenteil die militärischen Rüstungen zu erweitern, die Ablieferung und Vernichtung der Waffen einzustellen und sich für einen neuen Krieg zur Verfügung zu stellen. Der Reichskanzler betonte, daß das Ausland über die Bedeutung der Militärrevolten unterrichtet sei. Es werde nicht lange dauern, bis man mit einer Intervention rechnen könne. Der Reichskanzler erklärte schließlich, daß mit aller Rücksichtslosigkeit gegen diejenigen vorgegangen werde, die sich in den Dienst der Staatsstreichler gestellt und mit ihnen gemeinsam hochverräterische Handlungen begangen hatten.

Die Nationalversammlung zusammengetreten.

zh. Stuttgart, 16. März. Die Nationalversammlung tagt. Befehle der Reichsregierung müssen befolgt werden. Regierung Kapp bricht stündlich zusammen.

Fochs Ultimatum.

Berlin, 16. März. Neutrale Journalisten, die bei ihren Gesandtschaften gewesen sind, bestätigen ausdrücklich das Ultimatum Fochs, das die Kapprebellen dementieren und behaupten, es liege ein Reutertelegramm über Neutralitätserklärung über die inneren deutschen Angelegenheiten vor. Millerand hat Vertreter nach Stuttgart entsandt und direkte Verbindung mit Paris hergestellt.

Eisenbahnerstreik ist bis auf 200 Kilometer im Umkreis von Berlin durchgeführt. Reichsregierung in Stuttgart lehnt jede Verhandlung mit Aufrühren ab. Streiks sind unerwünscht. Reichsregierung hierzu überhaupt keine Anordnung gegeben. Nur Streik, wenn Reichswehr aufrührerisch.

Die Unterstaatssekretäre lassen Kapp auf dem Trockenen sitzen.

In Berlin haben die Unterstaatssekretäre sämtliche Reichsministerien unter Führung des Unterstaatssekretärs Lewald beschlossen, den neuen Gewalthaber jede Dienstleistung zu verweigern. General Seekt, Departementsdirektor im Reichswehrministerium und die Departementsdirektoren im Reichswirtschaftsministerium tun gleichfalls keinen Dienst.

Die Lage im Reich.

Auf telegraphisches Ersuchen des Reichsministers des Innern um Berichterstattung ist nach einer Meldung des „W. T.-B." aus Stuttgart von sämtlichen wichtigen Landesregierungen die Nachricht eingegangen, daß sie treu zur verfassungsmäßigen Reichsregierung stehen und die dort liegende Reichswehr sich der Berliner Bewegung nicht angeschlossen hat. In Sachsen haben sich die Truppen unter Führung des Generalleutnants Müller der verfassungsmäßigen Reichsregierung zur Verfügung gestellt. In Bayern steht

General Moehl mit seinen Truppen unbedingt hinter der Regierung. Als in Altenburg der Führer des dortigen Truppenteils einen Druck auf die Landesregierung ausüben wollte, lehnten sich die Truppen und die Einwohnerwehr auf. Die Offiziere wurden in Schutzhaft genommen.

Im mitteldeutschen Bergrevier.

Verhaftungen in Halle. — Allgemeiner Ausstand.

Die „Hamb. Nachr." lassen sich aus Halle a. S. drahten:

In der Nacht zum Dienstag wurde der Führer der Deutschen Demokratischen Partei, der Abg. Dr. Schreiber, und zahlreiche Parteiführer der Demokraten verhaftet. Ferner sind die Redakteure des („unabhängigen") „Volksblattes" verhaftet worden. In Eisleben haben Bergleute in der vergangenen Nacht den Generaldirektor der Mansfeld-Gewerkschaft Dr. Vogelsang erschossen. Der allgemeine Ausstand hat sich Dienstag insofern verschärft, als auch der weitaus größte Teil der Beamten die Arbeit niedergelegt hat.

Aus der etwas unklaren Meldung des Hamburger Blattes geht nicht hervor, wer die Verhaftung der Demokraten und der Redakteure des „unabhängigen" Blattes hat vornehmen lassen. Vielleicht liegt eine Verwechslung insofern vor, als nicht die Redakteure des „unabhängigen" „Volksblattes", sondern unseres, d. h. des mehrheitssozialistischen Parteiorgans, in Haft genommen worden sind. Bei der allgemeinen Parteikonstellation in Halle, wo die „Unabhängigen" bekanntlich obenauf sind, würde das weit mehr entsprechen. Es bekäme dann auch die Verhaftung der Demokraten einen Untergrund. Da wir jedoch nicht in der Lage sind, aus der Ferne den wahren Sachverhalt festzustellen, geben wir die Meldung des Hamburger Blattes mit allem Vorbehalt wieder.

Vorläufiger Abbruch des Generalstreiks in Hamburg.

Fortdauer der Alarmbereitschaft.

In der Versammlung der Betriebsräte ist Dienstag mit überwältigender Mehrheit gegen einige Stimmen beschlossen worden, sich der Parole der drei Vereinigten politischen Parteien, den Generalstreik abzubrechen, anzuschließen. In der Betriebsräteversammlung wurde das Bureau beauftragt, dem Vollzugsausschuß und dem Senat folgende Wünsche zu unterbreiten:

1. Reinigung der Einwohnerwehr von allen reaktionären Elementen.
2. Die Aufhebung des Belagerungszustandes bei der rechtmäßigen Regierung zu beantragen.
3. Die Freigabe der politischen Gefangenen vorzunehmen.

Gemäß dem Beschluß der Betriebsräteversammlung ist somit vorläufig die Arbeit in vollem Umfange wieder aufzunehmen, jedoch haben sich die Gewerkschaftsgenossen in den Betrieben alarmbereit zu halten.

Keine staatsfeindlichen Truppen in Groß-Hamburg mehr.

Eine Verordnung des Garnisonältesten von Hamburg, Altona und Wandsbek stellt fest, daß jede Gefahr einer Reaktion von rechts für Groß-Hamburg nunmehr als beseitigt gelten dürfe. Staatsfeindliche Truppen gebe es auf dem Gebiete von Groß-Hamburg nicht mehr.

Die Kämpfe bei Harburg.

Von einem Augenzeugen erhalten die „Hamb. Nachr." — die Quelle ist zu beachten — folgenden Bericht:

Die Baltikumiruppen hatten Montag vormittag Heimfeld und die Villen am Eßendorfer Weg besetzt. Dort wurden sie von den Harburger Truppen und der Einwohnerwehr hart bedrängt. Der Einwohnerwehr hatten sich zahlreiche Harburger Arbeiter angeschlossen, unter die am Abend vorher Waffen verteilt waren. **Die Baltikumtruppen zogen sich auf die Heimfelder Mittelschule zurück und verschanzten sich dort.** Gegen Mittag begann dann ein lebhaftes Gefecht, das den ganzen Nachmittag über fortdauerte. Abends um 6¾ Uhr trat eine Feuerpause ein. Um 7 Uhr begann die Schießerei wieder, die aber dann nur von kurzer Dauer war. **Parlamentäre der Einwohnerwehr kamen mit weißer Flagge zum Schulgebäude.** Aus der Tür des Schulgebäudes traten Offiziere heraus. Die Menge, die durch das Gerücht, die Baltikumiruppen hätten ganz Heimfeld geplündert, aufgestachelt war, johlte, rief: „Nieder mit den Hunden!" und beschimpfte die Offiziere in jeder Weise. Die Parlamentäre konnten die Menge nicht zurückhalten; sie rannte auf das Schulgebäude zu. Die Parlamentäre sollen den Baltikumiruppen den freien Abzug nach Hamburg zugesichert haben. Ein Flieger erschien aus der Richtung Hamburg, kreuzte mehrmals über dem Schulgebäude und warf eine Meldung herab. **Die Baltikumtruppen traten dann entwaffnet und ohne Koppel aus der Schule heraus,** stellten sich in Reih und Glied zu Zweien auf. Die Offiziere stellten sich schützend vor ihre Mannschaft. Sie wurden verhöhnt, sogar Verwundete wurden geschlagen. Die Wut der Menge war aufs höchste gestiegen. Mehrere Personen mit Gewehren, die angeblich der Harburger Einwohnerwehr angehören sollen, schlugen **mit den Kolben auf die Offiziere. Vier von ihnen wurden hierbei getötet.** Es wurden auch **Schüsse nach den entwaffneten Soldaten** abgegeben. Einige von den Baltikumiruppen versuchten zu entkommen, sie wurden aber eingefangen und nach der Kaserne gebracht. Die Truppen, die noch nicht aus der Schule herausgetreten waren, brachte man unter Beschimpfungen der Menge nach der Wirtschaft „Sanjouci" und hielt sie dort streng abgesperrt.

Der getötete Hauptmann Berthold ist der bekannte Fliegeroffizier, der 36 Flugzeuge abgeschossen hat. Sein rechter Arm war infolge eines Absturzes verkrüppelt.

Ich dementiere mir!

Tobias Stillvergnügt im „Generalanzeiger" ist ein wahrer Kreuzkicker. Er ohrfeigt sich selbst nach allen Regeln der Kunst. In seiner Dienstag-Abendnummer glaubte er auf Grund „direkter Erkundigungen" in Hamburg unsere Meldungen über die erfolgreichen Kämpfe gegen den Rebellenführer v. Wangenheim und sein Baltikum-Gesindel sowie die Flucht Wangenheims und seines Stabes als „aus der Luft gegriffen" bezeichnen zu können. Er muß aber wohl seine Erkundigungen an einer Stelle eingezogen haben, die sich auf dem Monde befindet. Ueberdies hätten schon unsere ganz eingehenden Angaben ihn belehren sollen, daß die Stelle in Hamburg, bei der er sich erkundigte, ihn ganz gründlich angelogen hat. Zu allem Ueberfluß muß er sich Mittwoch morgen selbst ins Unrecht setzen, indem er von Erklärungen Notiz nimmt, die Senator Dr. Nöldeke in Hamburg in einer Pressekonferenz gemacht hat. Senator Dr. Nöldeke teilte mit, daß die Gerüchte über Erschießung der Gefangenen jeder Begründung entbehren. Die Gefangenen seien vollständig gesichert, und es würde sofort geschossen werden, wenn sich Bewaffnete ihnen näherten, um Gefangene zu befreien. Der Generalstreik gehe seiner Beendigung entgegen, weil er seinen Zweck erfüllt habe, da in Hamburg die verfassungsmäßige Regierung hinreichend gesichert sei. Auch die Altonaer Truppen hätten über den Kopf ihrer Offiziere hinweg erklärt, daß sie sich nicht gegen Hamburg führen ließen. Es sei nicht richtig, daß mit Oberst von Wangenheim, der nunmehr geflüchtet sei, irgend welche Vereinbarungen getroffen seien. **Senat und Bürgerschaft hätten es abgelehnt, mit diesem Hochverräter zu verhandeln.** Es sei lediglich mit dem Major von Sydow ein Abkommen getroffen worden, daß von niemand über Hamburg hinaus etwas unternommen werde. Bezüglich der Bahrenfelder Zeitfreiwilligen wurde darauf hingewiesen, daß diese teilweise ohne zu wissen, um was es sich handelte, zum Hamburger Rathaus geführt wurden. Nachdem jetzt jedermann unterrichtet sei, würde selbstverständlich **gegen solche Zeitfreiwilligen eingeschritten werden, die sich an hochverräterischen Unternehmungen beteiligen.** Die Schulen und die Universität erhielten bereits die Weisung, diejenigen auszuschließen, die sich am Hochverrat beteiligen. Strafrechtlich haftbar **gemacht würden ohne weiteres die Truppenführer.** Etwa **150 000 Flugblätter wüsten antisemitischen Inhalts seien beschlagnahmt worden,** desgleichen etwa **100 000 Flugblätter, die für die neue Regierung eintraten.** Die „Hamburger Warte" ist verboten; ihr Herausgeber Holtz wegen Hochverrats verhaftet. Das Mitglied der Rechten, Rechtsanwalt Jacobsen, sei geflüchtet und konnte noch nicht verhaftet werden.

Dieser schlimme Reinfall wird hoffentlich Tobias Stillvergnügt veranlassen, in Zukunft etwas bescheidener aufzutreten.

In Bremen alles ruhig.

In Bremen ist bis jetzt alles ruhig. Der Eisenbahnbetrieb ruht nach wie vor bis auf die Lebensmittelzüge. Die Vertrauensleute aller Richtungen der Arbeiterschaft haben in einer Versammlung die Parole ausgegeben, vorläufig keinen allgemeinen Ausstand anzuordnen. Daher ist am Montag in allen Betrieben gearbeitet worden, auch im Hafenbetrieb, für den schon am Sonnabend, um die Auflösung der Sicherheitspolizei zu erzwingen, der Generalstreik beschlossen worden war. Dagegen macht sich der militärische Handstreich in andrer Weise schädlich bemerkbar. So ist ein Dampfer mit einer großen Getreideladung, der für Bremen bestimmt war, auf die Nachrichten von der Umwälzung hin, in Holland angewiesen worden, nicht nach Bremen, sondern nach Bremerhaven zu gehen. Auch mehrere in Bremen fällige gewesene Auslandsaufträge werden zurückgehalten.

Blutige Zusammenstöße in Schwerin.

Dem „General-Anzeiger" wird aus Schwerin vom Montag mittag 12—1 Uhr berichtet:

In Schwerin wurde am Sonntag abend der Eingang zum Arsenal durch Drahtverhaue gesichert. Die Straßen leerten sich in den Abendstunden zusehends, doch blieb während der Nacht alles ruhig. Am Montag vormittag bald nach 9 Uhr kam Hauptmann v. Both mit einem Zug der Reichswehr von der Post aus der Kaiser-Wilhelm-Straße in die Arsenalstraße zum Arsenal. Ecke der Kaiser-Wilhelm- und Arsenalstraße waren starke Volksmengen versammelt, die beim Erscheinen des Militärs um so unruhiger wurden. Vergeblich ermahnte der Schlosser Wiechmann, ein Führer der Arbeiterschaft, zur Ruhe und Vernunft, der Offizier wurde tätlich angegriffen, ein Schreckschuß fiel, in der nächsten Sekunde war auch das Feuer eröffnet. Gegen 20 Personen wälzten sich im Blut. Besinnungslos stob die Menge auseinander, Schaufenster wurden eingedrückt, Personen in den Pfaffenteich gedrängt, in den angrenzenden Straßen suchten die Fliehenden schützende Häuser zu erreichen. Der Polizei wurden 12 Tote und verschiedene Verwundete gemeldet. Rekognosziert wurden Schuhmacher Schmidt, Kaufmann Hecker, Stellmacher Friedrich Niebuhr, Produktenhändler Bollow, Glaser Hans Fahning (aus dem Pfaffenteich gezogen). Einer Frau war die rechte Stirnhälfte völlig fortgerissen. Zwei Ministerialbeamte waren verwundet. **Lastautos mit Maschinengewehren fuhren durch die Hauptstraßen, alles streikt, nur die Wasserleitung funktioniert. Wie verlautet, ist der Landtag zu heute (Montag) abend einberufen.**

Mehrere Versuche, mit Schweriner Genossen in Verbindung zu treten, sind bisher fehlgeschlagen. Erkundigungen bei unserem Parteiblatt in Rostock verliefen völlig ergebnislos, da man in Rostock völlig ohne Kenntnis der Zwischenfälle in Schwerin ist.

Arbeiter besetzten die Kaserne zu Rostock.

Rostock, 17. März. (Privattelegramm des Lübecker Volksboten.) Die Arbeiter haben die Kaserne besetzt, in der sich die Zeitfreiwilligen aufhielten. Diese sind mit Waffen abgezogen und lagern auf freiem Felde.

Die Marine in Wilhelmshaven.

Sämtliche Offiziere zum Rücktritt gezwungen.

Zwischen den Offizieren und Unteroffizieren der Marinestation der Nordsee in Wilhelmshaven war ein Zwiespalt entstanden, weil der Chef der Marinestation sich auf den Boden der neuen Regierung gestellt hatte. Infolgedessen erschienen Dienstag morgen Vertrauensleute sämtlicher Marineteile beim Stationschef und verlangten von ihm und seinen Offizieren die vorbehaltlose Anerkennung der alten Regierung. Da der Stationschef sich weigerte, eine solche Erklärung abzugeben, mußten er und seine Offiziere zurücktreten. Den Befehl über die Wilhelmshavener Marineteile hat im Einverständnis mit der Oldenburger Regierung der Obermaschinist Grunewald übernommen. Einige öffentliche Gebäude sind von den Deckoffizieren besetzt worden. Sonst ist in Wilhelmshaven alles ruhig.

Die Vorgänge in Berlin.

zh. Berlin, 16. März. Schießereien und Ansammlungen, die Opfer kosteten. Technische Nothilfe setzte Elektrizitätswerk in Gang. Nachmittags Extrablatt des „Vorwärts" mit Bekanntmachungen der Regierung Ebert-Bauer.

Berlin. 16. März. Bei blutigen Zusammenstößen, die am Montag stattfanden, wurden nach den bisherigen Meldungen 15 Personen getötet und 32 Personen mehr oder weniger schwer verletzt. Im Laufe der Nacht wurde auch der Tiergarten gesäubert, in dem sich allerlei verdächtige Elemente gesammelt hatten. 40 Personen wurden festgenommen und die, die sich nicht legitimieren konnten, nach dem Polizeipräsidium gebracht. Dienstag morgen kam es zu einem **Zusammenstoß zwischen bewaffneten Matrosen und Mitgliedern der Berliner Einwohnerwehr.** Ein Kraftwagen, auf dem sich 30 Mann der Einwohnerwehr befanden, wurde in Niederschöneweide von bewaffneten Matrosen angehalten und umzingelt. Der Chauffeur vermochte zu entfliehen, während die Angehörigen der Einwohnerwehr entwaffnet wurden. Das Auto wurde von den Matrosen fortgefahren.

Schwere Kämpfe in Breslau.

zh. Breslau, 16. März. Hier ist es **zu schweren Kämpfen um das Telegraphenamt gekommen.**

Unter Vormundschaft der Alliierten.

Aus Allenstein wird durch das „W.T.-B." gemeldet: Auf Anordnung der interalliierten Kommission sind Oberbürgermeister Zuelch und Major Oldenburg bis auf weiteres vom Dienste enthoben. Major Oldenburg war der stellvertretende Kommandeur der Sicherheitswehr. Auf Anordnung der interalliierten Kommission sind ferner alle öffentlichen Versammlungen auf zehn Tage verboten worden.

Die Wahlen in Südafrika.

Große Erfolge der Arbeiterpartei.

Das „Reutersche Bureau" meldet aus Kapstadt über die Neuwahlen, daß Premierminister Smuts und Justizminister Dewet mit großer Mehrheit wiedergewählt wurden. Hervorzuheben sind die großen Erfolge der Arbeiterpartei. Diese hat bereits 19 Sitze errungen; in dem bisherigen Abgeordnetenhause hatte sie nur 5 Sitze inne.

Zur Lage im Reich.

Das rheinische Zentrum verfassungstreu.

Der Vorstand der rheinischen Zentrumspartei gab folgende Erklärung ab: Das deutsche Volk blutet noch aus tausend Wunden, die der Weltkrieg ihm geschlagen hat. Fortgesetzt breitet der immer noch anhaltende Mangel an ausreichender Ernährung zahlreichen Männern und Frauen ein vorzeitiges Grab und zehrt am Mark der deutschen Jugend. Die verhängnisvollen Wirkungen der November-Revolution von 1918 sind noch nicht überwunden. Wir durften uns jetzt wieder der Hoffnung hingeben, allmählich einer besseren Zukunft entgegenzugehen. Diese Hoffnung ist nun durch die Berliner Vorgänge aufs äußerste bedroht. Dem deutschen Volke stehen neue Gefahren und namenloses Elend bevor, dem rheinischen Volk noch politische Gefahren schwerster Art, wenn es sich nicht einmütig hinter die von der Nationalversammlung geschaffene Verfassung stellt. Das rheinische Zentrum stellt sich als christliche Volkspartei auf den Boden der Verfassung und verurteilt aufs schärfste den Versuch, die rechtmäßige Regierung mit Gewalt zu stürzen.

Sachsen für die demokratische Republik.

Dresden, 16. März. (W.T.-B.) Die in Stuttgart und Heidelberg verbreiteteten Gerüchte, daß in Sachsen die Räterepublik ausgerufen sei, ist falsch. **Die Staatsgewalt ist fest in Händen der sächsischen Regierung,** die den Reichspräsidenten Ebert ersuchte, den Belagerungszustand über Sachsen aufzuheben. Die Veranlassung ist, daß die „Unabhängigen" sich zu Zugeständnissen bereit erklärten und entschlossen sind, sich für die Wahrung der öffentlichen Ruhe und Ordnung einzusetzen. Nach einem Telegramm, das noch der Bestätigung bedarf, soll der Reichspräsident bereits den Belagerungszustand über Sachsen aufgehoben haben.

Der Eisenbahnverkehr in Sachsen ist Dienstag früh wieder eröffnet worden, der Fernverkehr jedoch nur nach den sächsischen Grenzstationen.

Die sächsische Volkskammer trat Dienstag mittag 1 Uhr zu einer Kundgebung gegen die Berliner Regierung zusammen.

Ernste Lage im Rheinland.

Köln, 16. März. In Bonn kam es gestern zu größeren Unruhen, als bei einem Demonstrationszuge ein französisches Auto seinen Weg durch den Zug genommen hatte, wodurch einige Personen verletzt wurden. Die Menge zog zum Marktplatz, dem Sitz der französischen Behörde unter Absingen patriotischer Lieder, zerstreute sich aber später wieder. Am späten Abend versuchten Rowdies zwei Gefängnisse zu stürmen. Es kam zu **blutigen Zusammenstößen mit der Polizei.** Mehrere Personen erlitten tödliche Schußverletzungen. Am Niederrhein kam es gestern in mehreren Städten zu schweren Ausschreitungen. In Duisburg begab sich nach Beendigung einer Kommunistenversammlung die Menge zum Rathause und versuchte dasselbe zu stürmen. Die Polizei griff energisch ein. Mehrere Personen wurden getötet, eine Anzahl verwundet.

Im gesamten Solinger Industriebezirk beherrschen die „Unabhängigen" die Lage. In einer unter freiem Himmel abgehaltenen, von Zehntausenden besuchten Versammlung wurde die sofortige Durchführung der Rätediktatur verlangt, sowie des weiteren, sofort mit der Sozialisierung der Betriebe zu beginnen.

Die Lage in München.

München, 16. März. Amtlich wird durch Anschläge bekannt gemacht: Um verbreitete falsche Gerüchte zu widerlegen, wird bekannt gemacht, daß sowohl die Reichswehr wie die Polizeiwehr und die Einwohnerwehr in Bayern nach wie vor der Staatsregierung zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe zur Verfügung stehen, und jeden Angriff hiergegen abwehren werden.

Umbildung der bayerischen Regierung.

München, 16. März. Der Landtag hat in seiner heutigen Nachmittagssitzung den bisherigen Regierungspräsidenten von Oberbayern, Dr. von Cahr, zum Ministerpräsidenten gewählt.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 17. März.

Senat und Reichsregierung.

Nach den politischen Ereignissen in Berlin hat der Senat in Uebereinstimmung mit der von ihm in der Bürgerschaft am 13. März abgegebenen Erklärung auf eine telegraphische Anfrage des Reichsministers des Innern Koch aus Stuttgart diesem zum Ausdruck gebracht, daß Senat und Bürgerschaft unverbrüchlich zur verfassungsmäßigen Reichsregierung stehen. Die Reichsregierung hat hierauf dem Senat für die Treuekundgebung gedankt. Inzwischen ist dem Senat für den Lübeckischen Reichsratsbevollmächtigten eine Einladung zu den in Stuttgart stattfindenden Verhandlungen des Reichsrats zugegangen. Im Auftrage des Senates wird Herr Bürgermeister Dr. Fehling dieser Einladung Folge leisten.

Abrechnung mit den Rebellen.

Riesenversammlung — Sprengung vereitelt — Glänzender Verlauf.

Der Sozialdemokratische Verein hielt am Dienstag abend im Gewerkschaftshause eine Mitglieder-Versammlung ab. Der große Saal und die Galerien waren bis auf den letzten Platz gefüllt. Die nicht rechtzeitig erschienen, konnten keinen Einlaß mehr finden, da die kommunistischen Radaubrüder den Eingang blockiert hatten. Ohne Mitgliedsbuch hatte niemand Zutritt. In richtiger Voraussicht der kommenden Dinge war vom Vorstand eine starke Türkontrolle angeordnet worden. Handfeste Genossen standen in großer Zahl bereit, um Unberufenen den Zutritt zu verwehren. Es dauerte nicht lange, da hatte sich ein großer Trupp kommunistischer Halbstarker angesammelt, die sich mit Gewalt Eingang zu verschaffen suchten. Durch den Haupteingang, von der Seite aus und über die Bühne versuchten sie gewalttätig vorzugehen. Die Genossen wehrten den Ansturm überall erfolgreich ab.

Endlich konnte in die Tagesordnung eingetreten werden. Genosse Bromme sprach über den Staatsstreich der Reaktion. Er wies einleitend darauf hin, daß vor allem die Gesellschaft von der Sorte, die die Versammlung zu sprengen suchten, es ermöglicht hätten, daß in Berlin die Reaktion ihr Haupt erheben konnte. Dann geißelte der Redner in scharfen Worten das verruchte Treiben der Militär- und Junkerkaste und kennzeichnete das Verbrechergesindel der Baltikumtruppen. Kapp, der größte Reaktionär, hätte sich in frecher Weise eigenmächtig zum Reichskanzler ernannt. Aber der Triumpf der Rebellen sei verfrüht. Dieser Putsch würde nicht einmal die Lebensdauer der Münchner Räterepublik haben. Noske sei leider getäuscht worden, er hätte die Reichswehr nicht voll in der Hand gehabt. Er und viele andere hätten nicht mit dem schnöden Eidbruch der Offiziere gerechnet. Er habe das Vertrauen, daß die hiesigen Berufssoldaten, die sich rückhaltlos für die Regierung Ebert-Bauer erklärt hätten, mit ihren reaktionären Offizieren noch gründlich abrechnen würden. An der Uneinigkeit des Proletariats, die den Putsch der Militärkamarilla ermöglicht hätte, trügen die Kommunisten und auch die „Unabhängigen" die Schuld. Wäre die Sozialdemokratie nicht auf dem Posten, dann würden ungarische Zustände in Deutschland Platz greifen.
Zustände in Deutschland Platz greifen. Die Verordnungen des rebellischen Lettow-Vorbeck hätten keine Gültigkeit und seien vom Senat, der für die demokratische Republik und für die alte Regierung sei, abgelehnt worden. Nicht übereiltes Handeln, sondern Ruhe und Besonnenheit sei heute nötiger denn je. Der Putsch der Rebellen sei bereits fast überall abgeschlagen. Die Herrlichkeit des Kapp und Genossen stände vor dem völligen Zusammenbruch; ihre Herrschaft zähle nur nach Stunden. Wenn die Parteigenossen sich ihrer Macht bewußt und stets auf dem Posten wären, dann würden wir nicht nur alle Anstürme von links und rechts abwehren können, sondern auch als Sieger aus den kommenden Reichstagswahlen hervorgehen. (Beifall.)

Genosse Mehrlein wies zunächst darauf hin, daß es ihm als Polizeisenator schwer sei, besonders in dieser Zeit alle Wünsche zu erfüllen und allen gerecht zu werden. Die Kommunisten bewiesen durch ihr ganzes Vorgehen, daß sie den Kampf mit geistigen Waffen ablehnten und nicht reif für den Sozialismus seien. Die Zeitfreiwilligen, die einberufen worden seien, weil man durch die gewaltsame Entnahme von Waffen Putsche und Plünderungen befürchten mußte, seien bereits entwaffnet und aufgelöst. (Lebhafte Zustimmung.) Eine Versammlung der inaktiven Offiziere sei inhibiert worden. Notwendig sei es aber, die Augen offen zu halten. Die Verordnungen der 9. Reichswehrbrigade blieben unbeachtet. Das bewiese auch die Abhaltung der Versammlungen. Seine Ernennung von Lettow-Vorbeck zum Regierungskommissar sei unrechtlich und ohne sein Wissen erfolgt. Viele Meldungen wurden nur darum verbreitet, um Verwirrung in die Massen zu tragen. Im Bürgertum hätten viele den Kopf verloren. Je stärker die Einwohnerwehr sei, um so weniger sei zu befürchten. Noske müsse mit eisernem Besen auskehren. Die grüne und die blaue Polizei stehe vollständig auf dem Boden der alten Regierung. Der Putsch habe gezeigt, daß gegen den Volkswillen nicht regiert werden könne. Wir müßten fest zusammenhalten und mit den reaktionären Volksfeinden aufräumen. Vor dem Wahlkampf brauchten wir nicht zu schrecken. (Beifall)

Genosse Schulz leitete seine Ausführungen mit der Bekanntgabe der neuesten Meldungen ein. Die Nationalversammlung tage. Nicht nur Süd- und Mitteldeutschland und große Teile Norddeutschlands, sondern auch die Bergarbeiter ständen treu zur Regierung Ebert-Bauer. Der Generalstreik solle nur dort stattfinden, wo die Reichswehr sich den Kapp und Lüttwitz unterworfen hätten. Redner schilderte dann kurz die allgemeine Lage und erklärte, daß es nicht das Verdienst der Kommunisten sei, wenn wir der Rebellen Herr geworden seien. Sie hätten selbst in dieser schweren Schicksalsstunde sich abseits der großen Masse der Arbeiterschaft gestellt und bekämpften in erster Linie unsere Partei und nicht die Reaktion. Wir würden nach wie vor in ihren Versammlungen auf das gemeinste beschimpft und als die größten Verbrecher am Volke hingestellt. Wenn das so weiter gehe, sei ein Zusammenarbeiten mit ihnen im Aktionsausschuß unmöglich. Zu beachten sei auch, daß die Kommunisten öffentlich durch Flugblätter erklärt hätten, für die demokratische Republik nicht eintreten zu wollen. Es sei ihnen gleichgültig, ob die Arbeiter durch Noske oder Ludendorff ausgebeutet würden. Pflicht des Aktionsausschusses sei es längst gewesen, mit diesen Leuten ein ernstes Wort zu reden. Unsere Gegner von links dürften ebensowenig bewaffnet werden, wie unsere Gegner von rechts. Wer den Passus nicht unterschreiben wolle, daß er für die demokratische Republik eintrete, dürfe nicht mit Waffen versehen und in die Einwohnerwehr aufgenommen werden. Ein Kampf gegen eine mit allen modernen wirkungsvollen Waffen ausgerüsteten Truppe nur mit Gewehren sei erfolglos und heller Wahnsinn. Unnützes Blutvergießen müsse unbedingt vermieden werden. Selbst wenn die ganze Reichswehr zu den Rebellen gestanden hätte, wäre ihr Spiel noch nicht gewonnen gewesen. Wenn die Arbeiterschaft einig sei und von ihren wirtschaftlichen Machtmitteln den richtigen Gebrauch mache, könne sie ihren Willen durchsetzen und jede Reaktion erfolgreich bekämpfen. Redner schilderte zum Schluß scharf das volksfeindliche Treiben der ganzen hiesigen bürgerlichen Presse in diesem schweren Kampf um Freiheit und Recht. Alle Schwindel- und Lügennachrichten, die sich gegen die alte Regierung richteten, seien von ihnen mit Behagen verbreitet worden. Im Gegensatz dazu hätte der „Volksbote" die Bevölkerung Lübecks in schnellster Weise wahrheitsgetreu von dem Stand der Dinge unterrichtet. Der „Volksbote" hätte wesentlich zur Aufrechterhaltung der Ruhe in Lübeck beigetragen. Alles das dürften die Arbeiter nicht vergessen, sondern ihre Konsequenzen daraus ziehen. Die Parteigenossen müßten unermüdlich für den „Volksboten" und für die Partei tätig sein. (Beifall.)

Genosse Dreger, der Mitglied des Aktionsausschusses ist, wies darauf hin, daß nach Lage der Dinge der Ruf nach Waffen berechtigt schien. Nachdem aber die hiesige Militärmacht treu zu uns stehe, sei die größte Gefahr beseitigt. In einer Versammlung der Sicherheitspolizei hätte eine vorzügliche Stimmung für unsere Sache geherrscht. Würde es nach den Ansichten der Kommunisten gegangen sein, dann wäre es zum Blutvergießen gekommen. Die U. S. P. hätte demgegenüber größeres Verantwortlichkeitsgefühl gezeigt. Die Kommunisten benutzten die Gelegenheit, um für ihre Rätediktatur Propaganda zu machen. Der Aktionsausschuß werde nur das tun, was er verantworten könne. Unnützes Blutvergießen sei zu vermeiden. Das Verhalten der Linksradikalen sei ein Verbrechen am Volke und könne den Aktionsausschuß nicht leiten. Planlose Bewaffnung könne es nie geben. Wenn die Arbeiterschaft sich einig sei, könnten wir alle gegnerischen Elemente bezwingen. (Beifall.)

Genosse Haut wandte sich scharf gegen den Führer der hiesigen Sicherheitswehr. Es sei die höchste Zeit gewesen, daß die Zeitfreiwilligen entwaffnet wurden. Solchen jungen Leuten durfte man nie eine Waffe in die Hand geben. Der Major Klug habe nur auf die gegenseitige Bekämpfung mit Waffen der Lübecker Bevölkerung gewartet, um uns dann mit der Reichswehr überwältigen zu können. Um Blutvergießen vorzubeugen, müßten die unsicheren Elemente der Truppen entwaffnet werden. Wir müßten überall, auch auf die Sicherheitswehr ein wachsames Auge haben, damit wir keine neuen Ueberraschungen erlebten. Noske durfte einen so reaktionären Mann wie Lettow-Vorbeck nie zum Kommandeur machen. In der Reichswehr befinde sich viel hergelaufenes und käufliches Gesindel. So notwendig wie die Einigkeit auch sei, mit den Kommunisten könne man nicht zusammen arbeiten. Welch ein herrliches Bild wäre es, wenn die Arbeiterschaft einig und geschlossen stände. Hoffentlich erleben wir dies bald. (Beifall.)

Unter lebhaftem Beifall legte ein Unteroffizier für die Berufssoldaten erneut das Gelöbnis ab, treu zur Regierung Ebert-Bauer zu stehen und das Versprechen zu halten. Die Zustände in der Reichswehr seien immer schlechter und unhaltbar geworden. Noske hätte nicht so viele reaktionäre Offiziere annehmen dürfen. Genosse Mehrlein müsse unbedingt ein scharfes Auge auf die Polizeitruppen richten, denn auch dort sei nicht alles so, wie es sein müßte. Das verlogene Fliegerflugblatt, das Dienstag abend abgeworfen wurde, hänge in der Marlikaserne und würde von der Reichswehr geglaubt.

Es sprachen ferner noch die Genossen Ahrens, Bartz, Krüger, Mengel, Dreger, Dr. Haun, H. Puls und Huckfeld, die den Ausführungen der Redner größtenteils zustimmten, und ein scharfes Vorgehen gegen Major Klug, als Rebellen, und gegen die unsicheren Offiziere und Soldaten forderten. Einige verlangten die sofortige Entwaffnung und Entfernung der Reichswehr aus Lübeck. Gegen dieses Verlangen und gegen die Ausführung erhoben einige Redner Bedenken. Allseitig wurde der Eintritt der Genossen in die Einwohnerwehr empfohlen. Scharf gerügt wurde die Veröffentlichung der Lettowschen Bekanntmachungen durch die bürgerliche Presse. Mit Nachdruck wurde verlangt, daß den „Lübeckischen Anzeigen", die sich in diesen Tagen am schmutzigsten benommen hätten, der Charakter als Amtsblatt genommen würde. Erklärt wurde noch, daß den „Lübeckischen Anzeigen" die Aufnahme derartiger Verordnungen vom Senat verboten sei.

Einstimmig angenommen wurde ein Antrag, mit den Kommunisten nur dann im Aktionsausschuß weiter zusammen zu arbeiten, wenn sie rückhaltlos und bindend erklären, daß sie bereit sind, die demokratische Republik zu verteidigen und die Beschimpfungen gegen unsere Partei zu unterlassen. Ferner fand ein Antrag Annahme, wonach unsere Genossen im Senat dahin wirken sollen, daß alle Angehörigen der Sicherheitswehr, die nicht rückhaltlos auf dem Boden der Verfassung und der demokratischen Republik stehen, die Waffen abzugeben haben und die Mannschaften sich ihre Führer neu wählen dürfen. Gegen eine erhebliche Minderheit wurde ferner ein Antrag angenommen, der vom Senat verlangt, Maßnahmen zu ergreifen, um Major Klug, der sich durch seine Bekanntmachungen der neuen Regierung unterworfen hat, auf Grund der Verfügung des Reichspräsidenten in Schutzhaft nehmen zu lassen.

Zur Maifeier wurde beschlossen, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen und daß der 1. Mai als Feiertag erklärt werden soll. Der Vorsitzende, Genosse Löwigt, gab zum Schluß seiner Freude über die imposante Versammlung und über die sachliche Aussprache Ausdruck. Er hob weiter hervor, die Versammlung hätte gezeigt, daß wir die kommunistischen Radauhelden leicht bewältigen und alles durchsetzen könnten, wenn die Genossen stets wie in dieser Versammlung auf dem Posten wären.

Die Einwohnerwehr

steht, wie der Senat, nach wie vor auf dem Boden der verfassungsmäßigen Regierung Ebert-Bauer und wird die Befehle des Senates, die durch den Polizeiherrn erteilt werden, unbedingt befolgen. Sie wird insbesondere zur Erhaltung der Verfassung und von Ruhe und Ordnung in der Stadt unbedingt auf seiten des Senates zu finden sein, gemäß der von ihr eingegangenen Verpflichtung.

Der Dritte im Bunde.

Die „Eisenbahn-Zeitung" wendet sich in ihrer Dienstag-Ausgabe im lokalen Teil mit Recht gegen die bekannten Verordnungen Lettow-Vorbecks und findet es nur konsequent, daß der **Senat diese Verordnungen nicht anerkennt.** Eine andere Stellungnahme kann man von einem demokratisch sein wollenden Blatt schlechterdings auch nicht erwarten. Um so widersinniger muß es daher erscheinen, wenn das Blatt in derselben Nummer getreulich den Weisungen des rebellischen Lettow-Vorbeck folgt und seine Verordnungen im Inseratenteil abdruckt. So will man allen gerecht werden. Jeder kann sich aussuchen, was ihm paßt. Man verteidigt einerseits den Senat und die Regierung Ebert-Bauer und bringt gleichzeitig für Lübeck ungültige Verordnungen zur öffentlichen Kenntnis, die die Rebellenherrschaft etablieren wollen und den Grundsätzen der Demokratie ins Gesicht schlagen. Mehr kann man nicht verlangen. Grundsatz: Geld stinkt nicht! Wir wiederholen was wir gestern schrieben: Das Garnisonkommando hat durchaus keine Befugnis, die nicht unbeträchtlichen Insertionskosten für die charakterlose Veröffentlichung im „General-Anzeiger", den „Lübeckischen Anzeigen" und der „Eisenbahn-Zeitung" auszuzahlen. Die Befehle kamen von wildfremden Leuten, und wer solchen Leuten Kredit gewährt, hat das Risiko selbst zu tragen. Der Makel bleibt zu allem Schaden außerdem noch haften.

Köstlich macht sich ein Entschuldigungsgestammel des Amtsblattes in der Mittwochmorgenausgabe. Es tut einer staunenden Mitwelt kund und zu wissen, daß „amtliche Verordnungen und Bekanntmachungen nur von den hierzu berechtigten Behörden zu erlassen sind und die von diesen kommenden amtlichen Anzeigen widerspruchslos vom Amtsblatt im amtlichen Teil veröffentlicht werden müssen. Unter der Wirkung des Ausnahmezustandes, der bereits seit längerer Zeit besteht, sind die Garnisonkommandos in diesem Sinne amtliche Behörden und ihre Verordnungen mußten von uns im amtlichen Teil aufgenommen werden, ob wir nun mit ihrem Inhalt einverstanden sind oder nicht. Unter den ganz absonderlichen Verhältnissen der letzten Tage ist hierdurch eine schiefe Situation entstanden. Wir sind infolgedessen gestern vormittag bei dem für uns letzten Endes entscheidenden Hohen Senat vorstellig geworden und haben dort erbeten, daß uns nur noch vom Hohen Senat bezw. über die von diesem beauftragten Stellen amtliche Verfügungen zugesandt werden. Wir werden also in Zukunft alle uns von anderen als im Auftrage eines Hohen Senates arbeitenden Behörden zugehenden amtlichen Auslassungen oder Verordnungen stets erst durch die zuständige Behörde dem Hohen Senate zur Prüfung und Genehmigung vorlegen."

Zunächst eine kleine Richtigstellung, die nicht nur die Leser der „Lübeckischen Anzeigen" interessiert. Die Macher dieser Zeitung sind nämlich nicht beim Senat vorstellig geworden und haben sich nach Gesetz und Recht erkundigt, sondern sie wurden, wie wir wissen, vor den Senat zitiert und ihnen vorgeschrieben, daß sie in Zukunft keine Bekanntmachungen aufnehmen dürften, ohne daß sie vorher dem Senat vorgelegt sind. Dieser Schuh hat also eine wesentlich andere Fasson, als ihn die Amtsblattwerkstatt unter den ganz absonderlichen Verhältnissen fabriziert. Ein „Amtsblatt" kann dadurch allerdings in eine solch schiefe Situation geraten, daß ihm ernstlich klar gemacht werden muß, nur noch Bekanntmachungen aufzunehmen, die ihm die zuständigen Behörden anweisen. Um das Amtsblatt nicht mehr in Verlegenheit oder in eine „schiefe Situation" zu bringen, und um ihm deutlich zu machen, welche Regierung rechtmäßig amtiert, muß es in Zukunft die Genehmigung auf dem Rathaus einholen. Die Bandwurmerklärungen der „Lübeckischen Anzeigen" bitten wir recht sorgfältig zu lesen, sie enthält so viel politische Weisheit, daß wir unsern Lesern die Freude einer Auslegung nicht vorwegnehmen wollen.

Der eifrige gegenrevolutionäre Kampfgenosse der „Lübeckischen Anzeigen", der „General-Anzeiger", schweigt sich aus — und schwindelt weiter das Blaue vom Himmel herunter. Ein edles Brüderpaar!

*

Zur Abstimmung in Schleswig. Die preußische Landesaufnahme hat eine Karte der Abstimmungsergebnisse der ersten Abstimmungszone in Schleswig herausgegeben, aus der zu ersehen ist, wie jede einzelne Gemeinde abgestimmt hat. Die Karte gibt einen klaren Ueberblick, welche überwiegend oder rein deutscher Bezirke infolge der raffinierten Abgrenzung der Abstimmungszone uns verloren gegangen sind, und wo im dänischen Gebiet sich noch deutsche Inseln befinden, die in Zukunft in bezug auf die Pflege des Deutschtums mehr wie bisher auf uns angewiesen sein werden. Die Abstimmungskarte ist in der Stadtbibliothek (Hundestraße 1, Ecke Königstraße) ausgehängt.

Beschäftigung ausgelernter Lehrlinge. Die reichsrechtlichen Vorschriften über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern während der wirtschaftlichen Demobilmachung sind in kaufmännischen Angestelltenkreisen dahin ausgelegt worden, daß Lehrlinge nach beendigter Lehrzeit gegen ihren Willen nicht ohne weiteres entlassen werden können, sondern Anspruch darauf haben, als Angestellter weiter beschäftigt zu werden. Der Reichsarbeitsminister hat zu dieser wichtigen Frage folgende entscheidende Stellung genommen: Die §§ 12 bis 14 der Verordnung vom 3. September 1919 finden auf die Entlassung von Lehrlingen ebenso Anwendung, wie auf die anderen Arbeiter. Hiernach ist eine Entlassung von Lehrlingen, deren Lehrzeit beendet ist, nur unter den Voraussetzungen des § 12 zulässig, sofern damit eine Verminderung der Arbeitnehmerzahl verbunden ist, während die Entlassung eines Lehrlings nach abgelaufener Lehrzeit unter gleichzeitiger Einstellung eines neuen Lehrlings nur dann zulässig ist, wenn damit eine unbillige Härte für den Entlassenen verbunden sein würde. Eine solche ist jedoch nicht lediglich deshalb anzunehmen, weil der entlassene Lehrling voraussichtlich für längere Zeit auf Erwerbslosenunterstützung angewiesen sein wird, denn es ist eine notwendige Aufgabe des deutschen Wirtschaftslebens, jungen Leuten durch Freimachung von Lehrstellen Gelegenheit zur Erlernung eines Berufes zu geben.

Der Dampfer Malmö ist Ende Januar vor Gothenburg gesunken, wurde wieder gehoben und nach Gothenburg eingebracht, wo das Schiff gelöscht wird.

Stadttheater. Heute Mittwoch wird Shakespeares großes Trauerspiel „Coriolanus" zur Aufführung kommen. Donnerstag wird für die Schauspielgemeinde (gelbe Karte) Alkestis, Tragödie von Brechtl, gegeben. Eintrittskarten zu dieser Vorstellung sind an der Theaterkasse erhältlich. Freitag kommt „Figaros Hochzeit" von Mozart zur Aufführung. Es ist dies die 4. Veranstaltung im Zyklus: Die Entwicklung der komischen Oper. Sonnabend wird die Oper „Martha" wiederholt.

Angrenzende Gebiete.

Ein Zwischenfall in Barmbeck.

Hamburg, 17. März. Hamburg ist verhältnismäßig ruhig, die Arbeit fast überall wieder aufgenommen worden. Im Anschluß an eine Versammlung im Stadtteil Barmbeck versuchten halbwüchsige Burschen Straßenbahngeleise zu zerstören und zwei Mitglieder der Sicherheitswehr anzugreifen, die einschreiten wollten. Auf deren Hilfssignal traf ein Automobil mit Mannschaften der Sicherheitswehr ein. Als die Menge der Aufforderung, auseinander zu gehen, keine Folge leistete, wurde eine Handgranate geworfen. 15 Personen wurden mehr oder weniger schwer verletzt. Die Fensterscheiben im nächsten Umkreise wurden zertrümmert.

Der Eisenbahnpräsident in Altona seines Amtes entsetzt.

Am Dienstag wurde von dem verfassungstreuen Oberst Meyn, dem Garnisonältesten von Groß-Hamburg, folgender Befehl bekannt gemacht: Der Präsident der Eisenbahndirektion Altona, Dr. Schneider, ist vorläufig seines Amtes enthoben. Er hält sich in seiner Wohnung zu meiner Verfügung auf. Bei Zuwiderhandlungen wird Schutzhaft verhängt. gez. Meyn, Oberst. — Das sollte sich der hiesige Eisenbahn-Direktor Herr Christensen hinter die Ohren schreiben.

Schönberg. Der Auto-Omnibusverkehr, der seit Sonntag zwischen Rehna—Schönberg—Selmsdorf—Schlutup aufgenommen ist, erfreut sich einer zahlreichen Inanspruchnahme, trotz des ziemlich hohen Fahrpreises (8 Mk. von Rehna bis Schönberg und 16 Mk. bis Schlutup). Die Verbindung mit Lübeck ist sehr gut.

Hagenow. Schlachthyänen. Infolge eines Achsenbruches verunglückte kurz vor der Station Hagenow-Land ein auf dem Transport sich befindender Teil des Zirkus Sarrasani. Hierbei wurden zwei Zirkuswagen vollständig zertrümmert, sodaß der Inhalt derselben zerstreut auf dem Bahnkörper umherlag. Diesen Umstand benutzte raubsüchtiges Gesindel und beraubte und plünderte die zerbrochenen Wagen. Körbe und Koffer, die man nicht hat öffnen können, wurden aufgesägt und aufgeschnitten, so daß sowohl dem Besitzer des Zirkus wie auch dem Personal sämtliches Privatgepäck gestohlen worden ist.

Neueste Nachrichten.

Generalstreik in Eutin.

Eutin, 17. März. In Eutin und Umgegend ist die Macht in den Händen der Einwohnerwehr. Seit Montag morgen ist der Generalstreik durchgeführt. Der Vorsitzende der Deutschnationalen, der bekannte Harder, hat bereits einen Putschversuch mit Kieler Zeitfreiwilligen versucht. Die Gefahr ist noch nicht beseitigt, weshalb der Streik aufrechterhalten wird.

Etwa 30 Mann der Reichswehr, die hier noch vorhanden sind, stehen auf seiten der Einwohnerwehr. Die Straßen durchziehen Patrouillen. Banken und Lebensmittelläger sind von der Einwohnerwehr besetzt.

Briefkasten.

Hr. Für Eingesandts in diesem urwüchsigen Tone ist der Sprechsaal nicht geschaffen. Mit etwas höflicheren Worten läßt sich ganz dasselbe sagen.

H. K. Wenn fremde Hühner auf ihrem Gartenland herumlaufen, müssen Sie den Besitzer auffordern, sie zu entfernen. Sorgt der Hühnerhalter dann nicht für Abhilfe, haben Sie das Recht, die Hühner totzuschießen, doch dürfen Sie diese nicht mitnehmen.

Für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Nachrichten „Aus dem Freistaat Lübeck" verantwortlich: Otto Friedrich; für die Rubrik „Aus dem Freistaat Lübeck" verantwortlich: Hermann Bauer.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. sämtlich in Lübeck.

Bekanntmachung.

Der Senat hat am 18. Februar 1920 im Einvernehmen mit der Bürgerschaft beschlossen:

1. Für den zwischen der Ziegelei Buntekuh und dem Heimstättengelände bei Moisling gelegenen Feldweg, und zwar auf der Westseite der Strecke von der Hamburger Straße bis zur Wachholderstraße, für die Nordseite der Hamburger Straße auf der Strecke vom Feldwege bis 50 m über die Heimstättenstraße hinaus sowie für die Straße „Auf der Heide" zwischen Hamburger Straße und Wachholderweg gemäß den Bestimmungen in § 2 und § 11 des Straßenbaugesetzes vom 19. Februar 1919 die Straßen- und Baufluchtlinien nach dem vorgelegten Bebauungsplan des Baudirektors Baltzer vom 9. September 1919 festzusetzen.
2. Gemäß den Bestimmungen in § 38 der Bauordnung für das lübeckische Staatsgebiet vom 19. Februar 1919 für die Bebauung der Westseite des Feldweges zwischen Hamburger Straße und Wachholderweg und der Straße „Auf der Heide" zwischen Hamburger Straße und Wachholderweg die Baustaffel XIII festzusetzen.

Der Plan mit den neuen Fluchtlinien liegt werktäglich von 8 bis 1 Uhr im Bauamt, Kleiner Bauhof Nr. 15, Abt. Stadterweiterung, zur Einsicht aus.

Anträge auf Abnahme eines Grundstückes auf Grund des § 6, Abs. 2 des Straßenbaugesetzes vom 19 Februar 1919 sind bei Verlust des Anspruches auf vorzeitige Abnahme bis zum 10. September 1920 bei der Baubehörde anzumelden.

Lübeck, den 15. März 1920. (3066

Die Baubehörde.

Heute Milchkartenausgabe in der Börse

von 9 Uhr vorm. bis 2 Uhr nachmittags.

3090) **Das Landesversorgungsamt.**

Bekanntmachung.

Der Senat hat am 18. Februar 1920 im Einvernehmen mit der Bürgerschaft beschlossen:

1. für das Gebiet „Am Klosterhof" zwischen der Elswigstraße und dem Mönkhofer Weg gemäß den Bestimmungen in den §§ 2 und 11 des Straßenbaugesetzes vom 19. Februar 1919, die Straßen- und Baufluchtlinien nach dem vorgelegten Bebauungsplan des Baudirektors Baltzer vom 1. November 1919 festzusetzen;
2. die Straße „Am Klosterhof" auf der Strecke von der Elswigstraße bis zur westlichen Parallelstraße der Buschkiststraße und diese Parallelstraße gemäß den Bestimmungen in § 38 der Bauordnung vom 19. Februar 1919 für den Anbau in die Baustaffel X einzureihen, wobei größere Gruppenhäuser zugelassen werden sollen.

Der Plan mit den neuen Fluchtlinien liegt werktäglich von 8—1 Uhr im Bauamt, Kleiner Bauhof 15, Abt. Stadterweiterung zur Einsicht aus.

Anträge auf Abnahme eines Grundstückes auf Grund des § 6, Abs. 2 des Straßenbaugesetzes vom 19. Februar 1919 sind bei Verlust des Anspruches auf vorzeitige Abnahme bis zum 10. September 1920 bei der Baubehörde anzumelden.

Lübeck, 15. März 1920.

3065) **Die Baubehörde.**

Bekanntmachung.

Der Senat hat am 18. Februar 1920 im Einvernehmen mit der Bürgerschaft beschlossen:

1. für die von der Heimstätten-Gesellschaft geplante Siedelung in Vorwerk gemäß den Bestimmungen in den §§ 2 und 11 des Straßenbaugesetzes vom 19. Februar 1919 die Straßen- und Baufluchtlinien nach dem vorgelegten Bebauungsplan des Baudirektors Baltzer vom 1. November 1919 festzusetzen;
2. Die Straßen innerhalb der Siedelung in Vorwerk, die in dem Bebauungsplan des Baudirektors Baltzer vom 1. November 1919 verzeichnet sind, gemäß den Bestimmungen in § 38 der Bauordnung vom 19. Februar 1919 für den Anbau in die Baustaffel XIII einzureihen.

Der Plan mit den neuen Fluchtlinien liegt werktäglich von 8 bis 1 Uhr im Bauamt, Kleiner Bauhof 15, Abt. Stadterweiterung zur Einsicht aus.

Anträge auf Abnahme eines Grundstückes auf Grund des § 6, Abs. 2 des Straßenbaugesetzes vom 19. Februar 1919 sind bei Verlust des Anspruches auf vorzeitige Abnahme bis zum 10. September 1920 bei der Baubehörde anzumelden. (3064

Lübeck, 15. März 1920.

Die Baubehörde.

Nach längerem Leiden entschlief sanft meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwiegermutter, Schwester und Schwägerin

Käthe Reese

geb. Schlatow verwitwete Dehr

im 52. Lebensjahre betrauert von den Hinterbliebenen.

Johannes Reese und Familie.

Lübeck, den 16. März 1920.
Travelmannstr. 41/43.

Die Trauerfeier findet am Sonnabend, nachmittags 3½ Uhr, in der Vorwerker Friedhofskapelle statt. 3073

Für die innige Teilnahme und Kranzspenden beim Hinscheiden meiner lieben Frau, insbesondere Herrn Pastor Michaelis u. meinen Mitarbeitern der Firma Brandt für die mir zuteil gewordene Unterstützung meinen innigsten Dank.

Ul. Landwehr. (3071

Familie Biester.

Gesucht zum 1. April ein **Laufmädchen.**
3084) Breitstr. 2

Suche meine h. 3-Zimmerwohn. m. Gas u. Gartenl. in d. Stadt geg. 3-Zimmerw. m. Stall. u. Gartenl. o. Tor z. tausch. Ang. unt. R 5 18 an die Exp. d. Bl. (3081

Ein noch gut erh. Sportwagen ohne Verdeck, Preis 40 Mk., zu verk. 3082
Kottwitzstr. 24, part., links.

Ein neues Photographie-Album, passend zur Konfirmation, billig zu verkaufen.
3089 Hansestraße 23.

Verspätet.

Nachruf!

Im 38. Lebensjahre starb an den Folgen des Krieges unser Kamerad (3072

J. Nehls,

Stockelsdorf.

Ehre seinem Andenken!

Bezirksvorstand der Zimmerer Stockelsdorf.

Ein Sitz- u. Liegewagen billig zu verk. (3094
Dankwartsgrube 8.

Zu verk. Gr. Bohnen u. Schalotten zum Pflanzen.
3088) Brockesstr. 18, pt.

Die neuen Postgebühren

(Gültig ab 1. Oktober 1919)
Preis **25** Pfg.

Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

D. R. P. ohne Lötfuge

H. Schultz
Uhrmach.
Johannisstraße 20

Trauringe, 333 gest. A 68 bis 140. 585 M. 180
Weckuhren, Wanduhren. Silberkränze mit Glocke.
(3086)

Neu! Neu!

Der Kleine Roman

Wöchentlich ein abgeschlossenes, illustr. Heft mit farbigem Titelblatt

Vierteljährlich 6 Mk.
Einzelheft 50 Pfg.

Nr. 1 Frank Wedekind: **„Marianne".**
Nr. 2 Heinr. Mann: **„Schauspielerin".**
Nr. 3 Freiherr von Gaudy: **„Aus dem Tagebuch eines wandernden Schreidergesellen".**
Nr. 4 Carl Bülcke: **„Die süße Lilly".**
Nr. 5 J. F. Perkonig: **„Die Versuchungen des Herrn Heiland".**
Nr. 6 Bruno Frank: **„Ein Abenteuer in Venedig".**

Reichsb. d. Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer u. Kriegshinterbliebenen

Sitz: Berlin. Ortsgruppe: Lübeck.

Kriegshinterbliebene!

Oeffentliche Versammlung am Donnerstag, dem 18. März, abends 7½ Uhr, in den Zentral-Hallen.

Tages-Ordnung:

Das Recht der Kriegshinterbliebenen.

Referentin: Frau **Schildhauer, Berlin.** 3067

Mitglieder-Versammlung

am Freitag, dem 19. März, abends 7½ Uhr, in den Zentral-Hallen.

Um zahlreiches Erscheinen zu den Versammlungen bittet **Der Vorstand.**

Deutscher
Transportarb.-Verb.
Ortsverwaltung Lübeck.
(3087

Versammlung

der

Roll- und Blockwagenkutscher, Möbelpacker und Hilfsarbeiter

am Donnerstag, dem 18. März abends 7½ Uhr
im Gewerkschaftshaus
Johannisstr. 50—52.

Tagesordnung:

Bericht der Lohnkommission.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Die auf Montag, den 15. März festgesetzte und nicht stattgefundene außerordentliche Mitgliederversammlung findet mit derselben Tagesordnung **am Donnerstag, dem 18. März, abds. 6¼ Uhr, im Lokale des Herrn Friedr. Lender, Hundestr. 41, statt.**

Mitgliedsbücher müssen vorgezeigt werden.

3091) Die Ortsverwaltung.

Leder, Ledersohlen, Lederabfälle, Lederpatentsohlen usw.
billigst bei
C. Grimm Nachfl.,
Lederhandlung u. Schäftefabrik. 3052

Zerbrochenes Gold- u. Silbersachen, Brillanten, alte goldene u. silberne Uhren, auch nicht gangbare, kauft zu höchsten Tagespreisen (3053
Uhrmacher A. Hübner,
Fünfhausen 13.

Gemeinde-Verein Matthaei.

Versammlung

Freitag, 19. März 1920, abends 7½ Uhr in der Aula der Marquard-Schule.

Tages-Ordnung: **Kirchenvorstands-Wahlen.**

Das Erscheinen der Mitglieder dringend notwendig. Alle Gemeindemitglieder sind freundlichst eingeladen.

3092) **Der Vorstand.**

Stadthallen-Lichtspiele Mühlenbrücke 13. Fernsprecher 874 2

Das größte u. modernste Lichtspiel-Theater am Platze

Nur noch 2 Tage:

Spitzen.

5 Akte nach dem Roman von Karl Lindau.

Die Jüdin.

Drama in 5 Akten.

3076

Das rosa Trikot

Lustspiel in 3 Akten. In der Hauptrolle **Henry Bender** und **Victor Jansen.**

Aufführungszeiten: 4—7 Uhr und 7—10 Uhr.

Fledermaus

Fünfhausen 17/19. Fernsprecher 842.

Ganz Lübeck spricht von 3078

Jaincziks

grandiosen Kunstproduktionen und Tänzen auf künstlicher Eisbahn.

Außerdem 7 Weltattraktionen!

2 Orchester: Leitung **Simon de Weille.**

Täglich 4-Uhr-Tee.

Auftreten der Künstler. Weille-Konzert.

Zu einer

gemeinsamen Versammlung

am Donnerstag, d. 18. März, abds. 7½ Uhr,

im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Johannisstraße,

werden die Mitglieder der unterzeichneten Vereine eingeladen, mit der Bitte, vollzählig zu erscheinen.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Herrn Rechtsanwalt **Brehmer, Stellungnahme zur Heimstättenfrage.**
2. Aussprache über den Vertrag.

Zahlreichen Besuch erwarten

Die Vorstände
des Bundes Deutscher Bodenreformer, Ortsgruppe Lübeck,
der gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft G. m. b. H.
der Arbeitsbaugenossenschaft Lübeck, e. G. m. b. H.,
des Mieterschutzvereins, e. V. (3077

Zum Abschluß von Versicherungen gegen

Aufruhr und Plünderung

sowie von sämtlichen anderen Versicherungen empfehlen sich (3079

Wolfgang Gaedertz & Co.
W. Gaedertz
Kaiserstraße Nr. 31.
Fernruf 557 und 554.

Konzerthaus Flora.

Jeden Donnerstag:

TANZ

Anfang 6½ Uhr. (3054) Max Siems.

Gesellschaftshaus

Weisser Engel

Ratzeburg. Allee 29, Endstation d. Linie 1

Jeden Sonntag und Donnerstag:

Gr. Ballmusik.

Anf. Sonntags 4½, Donnerstags 6½ Uhr.

3055

Adlershorst. Jeden Donnerstag: Tanz

3086

Achtung!

Deutscher
Bauarbeiter-Verband
Zahlstelle Lübeck.

General-Versammlung

am Sonntag, dem 21. März morgens 9 Uhr
im Lokale von Friedr. Lender, Hundestr. 41.

Tagesordnung:

1. Die Tarifpolitik unseres Verbandes.
2. Statutenberatung und Anträge zum Verbandstag.
3. Verschiedenes.

Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend notwendig.

Der Bezirksvereinsvorstand.
3089)

Konsumverein

für Lübeck und Umgegend
e. G. m. b. H.

Bezirks-Versammlung

für die Mitglieder der Warenabgabestelle

Vorwerk

am Freitag, dem 19. März 1920
abends 7½ Uhr
in Ohlsons Gasthof,
Bogenstraße.

Tagesordnung

1. Geschäftsbericht.
2. Bericht von der letzten Genossenschaftsratssitzung.
3. Genossenschaftliches.

Um zahlreichen Besuch bittet

3096) **Der Vorstand.**

Gesellschaftshaus Pockenhof.

Morgen Donnerstag: (3057

Gr. Tanzkränzchen.

Anf. 6 Uhr. F. Westfehling.

Verein der Musikfreunde in Lübeck.
(3069

Das **VII. Symphonie-Konzert** wird von Montag, den 22. März, auf **Montag, den 29. März** verschoben.

Am **22. März** findet das

19. volkstümliche Konzert

statt.

Kapellmeister:
Franz von Hoesslin.

Hansa-Theater

3068

Täglich:

Der Graf von Monte Christo.

Stadttheater Lübeck

(3085

Mittwoch, den 17. März:
24. Vorst. i. Mittw.-Abonn.
Anfang 7 Uhr.

Coriolanus.

Trauerspiel in 5 Akten von William Shakespeare.

Donnerstag, den 18. März:
Schauspielgemeinde.
Gelbe Karten.

Alkestis.

Freitag, den 19. März:
25. Vorst. im Freitag-Abonn.
4. Veranstaltung im Zyklus:
Die Entwicklung der komischen Oper.

Figaros Hochzeit

Sonnabend, den 20. März:

Martha.

Beilage zu Nr. 65.
27. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Mittwoch, den 17. März 1920

Französische Absichten am Rhein.

(Brief aus dem Westen.)

Im vergangenen Monat sind im französisch besetzten Gebiet den Einwohnern eine Anzahl Druckschriften ins Haus geschickt worden. Die Schriftchen, die in jeder Hinsicht anonym sind — es ist weder der Verfasser, Verleger, Drucker, noch auch der Absender zu erkennen, — stammen von den französischen Propagandastellen und sollen dazu dienen, die Rheinländer für Frankreich zu gewinnen. Je mehr sich diese Stellen jedoch Mühe geben, desto stärker zeigt sich in der Bevölkerung die Abneigung gegen das militaristisch-annektionistische Frankreich.

Die Franzosen sind zweifellos ein sehr intelligentes Volk, aber in der Behandlung eines fremden Volkes legen sie genau dieselbe Ungeschicklichkeit an den Tag, wie einst die preußischen Militaristen und das altpreußische Beamtentum.

Anläßlich der Ratifizierung des Friedensvertrages hielt bekanntlich Herr Barres eine in Deutschland vielbeachtete Rede über die französische Rheinlandpolitik. Nach den Berichten in den deutschen Zeitungen gewann es den Anschein, als ob Barres die Herzen der Rheinlandbevölkerung durch eine geistig orientierte Politik der Versöhnung und Verständigung gewinnen wollte, die die Gewaltmethoden der Militaristen Mangin, Gerard, Degoutte u. a. ablehnt. Dieser günstige Eindruck wurde dadurch erzielt, daß den deutschen Zeitungsredaktionen ein gut frisierter Parlamentsbericht in die Hand gespielt wurde. Aber die Täuschung ist jetzt von den Franzosen selbst zerstört worden. Sie haben den ungeschminkten Wortlaut der Rede in deutscher Sprache öffentlich angeschlagen und außerdem in Massen der rheinischen Bevölkerung zugänglich gemacht.

In dieser Rede stellt Barres die Politik Karls des Großen gegenüber den Sachsen als nachahmenswert für Frankreich hinsichtlich der Behandlung der Rheinländer auf. Karl hielt seinen Sieg über die Sachsen nicht für vollständig, solange er sie nicht auch „bekehrt" hatte. Wir wissen, mit welchen barbarischen Mitteln er das erzwang. Und das ist für Barres vorbildlich! Er weist dann darauf hin, daß „in der Arbeiterklasse der Rheingebiete noch gewisse Vorurteile gegen den französischen Einfluß vorhanden sind." Diese zu beseitigen, sei „eine herrliche Aufgabe" der französischen Sozialisten. Aus dieser Aeußerung spricht deutlich die Berichterstattung der französischen Militaristen des besetzten Gebietes. Die haben es verstanden, in der französischen Presse zu arbeiten, daß die Widerstände gegen die Loslösungsbestrebungen der Rheingebiete und die französischen Annexionsabsichten lediglich von der Arbeiterschaft ausgingen, während das Bürgertum einen Anschluß an Frankreich freudig begrüßen würde, wenn es nicht durch den Terror der sozialistischen Arbeiter daran gehindert werde. Diese Auffassung ist natürlich auch von der Dorten-Presse sehr zum Nachteil der gesamten Bevölkerung des besetzten Gebietes genährt worden. Die deutschen Loslösungspolitiker haben ja überhaupt durch ihre schamlose Propaganda die Mißwirtschaft der Militaristen in den besetzten Gebieten, die Brutalitäten und Uebergriffe geradezu herausgefordert.

Die „Vorurteile gegen den französischen Einfluß" bestehen ganz allgemein und wenn sie gerade bei der Arbeiterschaft am deutlichsten hervortreten, so deswegen, weil sie gewohnt war, in den Franzosen Vertreter der Freiheit und Kämpfer für Menschenrechte zu sehen.

Barres fabuliert davon, daß die Ansicht der rheinischen Bevölkerung über Frankreich sich zusehends verbessere und gibt als Beispiel dafür an, daß in Mainz „auf Wunsch der Bevölkerung" ein französisches Gymnasium gegründet worden sei. — Armer Barres! Hättest Du die Flüche hören können, als man die deutschen Schüler in Kellerräume zum Unterricht jagte, um den französischen Kindern Platz in den Oberräumen zu machen, dann hättest Du Dir gerade diese verlogene Information nicht zu eigen gemacht. Und die Bemerkungen der Bevölkerung in Mainz über den neuen französischen Befehl an die Stadt, in eben diesem französischen Gymnasium einen überdeckten Gang über den Schulhof zu errichten — eine Ausgabe von 20 000 Mk.! — damit kein neckischer Regentropfen die Farben auf den Visagen der angehenden französischen Damen durcheinanderspült, wenn sie die paar Schritte über den Schulhof in die Turnhalle zurücklegen, waren durchaus nicht schmeichelhaft.

Aber Herr Barres hat sich noch mehr Bären aufbinden lassen. So ließ er sich verleiten zu sagen:

„Die Rheinländer lernen um die Wette unsere französische Sprache."

Nein, so ist es nicht! Nur eine ganz kurze Spanne Zeit, nämlich solange die Bevölkerung die französischen Militaristen noch nicht kannte, und den Phrasen von Freiheit und Gerechtigkeit noch Glauben schenken konnte, da war wirklich Neigung und Eifer vorhanden, die französische Sprache zur Erleichterung des schiedlich-friedlichen Verkehrs zu lernen. Als aber der französische Unterricht zwangsweise in den Volksschulen eingeführt wurde, als die französischen Militaristen ihre Annexionsgelüste immer deutlicher enthüllten, als statt Freiheit und Recht Unterdrückung und Willkür, statt Friedens- und Verständigungspolitik nichts als Haß, Rache und Verachtung gegen alles Deutsche von den französischen Gewalthabern an den Tag gelegt wurden, da setzte die entschiedenste Ablehnung gegen den französischen Unterricht und gegen alle französischen Anordnungen und Anmaßungen ein. Lehrer, Schüler und Eltern übten passive Resistenz. Und wenn französische Propagandaoffiziere in die deutschen Schulen kamen, um die besten Schüler im Französischen mit Schokolade oder mit einem (deutsch feindlichen) Buch zu belohnen, dann mußten sie erleben, daß die Schüler die Auszeichnung ablehnten und als Grund die Antworten hören: „Mein Vater ist immer noch in französischer Gefangenschaft", oder: „Mein Bruder wird in Frankreich zurückgehalten, obwohl Frieden ist". Die unentgeltlichen französischen Sprachkurse wiesen gähnende Leere auf. Kürzlich hat man denn auch ganz stillschweigend den zwangsweisen Unterricht eingestellt. Stillschweigend! — weil man allen Grund hatte, sich des Reinfalls zu schämen. Stillschweigend versank auch die von General Mangin unseligen Angedenkens erzwungene „Zentralschulkommission" für das besetzte französische Gebiet, die den Zweck hatte, die übergeordneten deutschen Schulbehörden auszuschalten.

Vielleicht verdankt die Bevölkerung des besetzten Gebietes die Aufhebung dieser Maßnahmen, die unauslöschliche Verbitterung hervorgerufen haben, dem Einfluß der Engländer und Amerikaner in der hohen Kommission. Denn es ist leider nicht anzunehmen, daß dieser Rückzug auf einer Aenderung und Sinnesart der französischen Machthaber beruht. Hatte doch Herr Tirard, der Vorsitzende der interalliierten Kommission im besetzten Gebiet, laut und deutlich angekündigt, er werde die deutschen Schulen und Lehrer überwachen und für eine Durchdringung mit französischem Geiste sorgen. All diese geistige Propaganda soll den Boden reif machen für die „Gründung eines halbdeutschen, halbfranzösischen Zwischengebietes", wie Barres unter sehr realpolitischem Hinweis auf die französischen Kriegsopfer, die „jetzt ihre Früchte zeitigen" sollen, sagte. Daß dieses „geistige Ringen um die Seele des Rheinländers" nur sehr einseitig gedacht ist, geht daraus hervor, daß Barres ganz entschieden Stellung gegen die Zulassung eines Reichskommissars als Vertreter des Reiches und der nahezu rechtlosen Bevölkerung der besetzten Gebiete nahm. Außerdem ist ja auch jede noch so harmlose Abwehr der französischen Verführungsbetätigung von deutscher Seite unmöglich gemacht durch die rigorosen Zensur- und Zeitungsbestimmungen in den Rheinlanden.

Eine zweite französische Propagandaschrift „Frankreich und die Rheinlande", im offiziösen französischen Paßbureau in Mainz käuflich, ist ebenfalls in größeren Mengen gratis an die Bevölkerung verschickt worden. In dieser Schrift wird der Versuch unternommen, geschichtlich nachzuweisen, daß die besetzten Gebiete, Rheinhessen, die Pfalz und das Saarbecken, zu Frankreich gehören. Die Schlußfolgerung aus der „Geschichte" ist die: Die besetzten Gebiete nicht wieder freizugeben. Wörtlich heißt es:

„Da nun Frankreich wieder in den Besitz seiner uralter Macht gelangt ist, besetzt es jetzt noch einmal das linke Rheinufer. Es besteht somit weniger denn je irgend eine Vorschrift, was das uns seit Menschengedenken zukommende Recht betrifft."

„Die Länder, denen man seit dem Wiener Vertrag den Namen Rheinpreußen vertragsmäßig zulegte, sind frei geworden und frei müssen sie von nun an bleiben. In unsere Hand ist die Wahl der Mittel und Wege gelegt, das zu erreichen."

So wird der Bruch des Friedensvertrages von Frankreich zielbewußt betrieben! Und noch gibt es in den besetzten Gebieten eine Gruppe Deutscher, die in dem Bestreben, eine Rheinische Republik zu errichten, den französischen Annexionspolitikern zwangsläufig in die Hände arbeiten.

Der weiße Terror in Passau.

Vor einigen Tagen berichteten wir über Ausschreitungen in Passau anläßlich einer geplanten Theatervorstellung des Schauspiels „Kurt Eisner". Was sich in Passau Studenten und Reichswehrsoldaten leisteten, klingt unglaublich, sind aber Taten, die unser Passauer Parteiblatt als erwiesene Tatsachen bezeichnet. Der Theaterskandal stellt sich als ein wohlvorbereiteter Plan alldeutscher Elemente heraus.

Ueber die Vorgänge berichtet die „Niederbayerische Volkswacht":

„In dem Augenblick, da die Schlägerei und die Demonstration durch Reichswehrangehörige, Studenten und Alldeutsche auf der Straße fortgesetzt wurden, eilte unser Gewerkschaftssekretär zu einem auf der Straße patrouillierenden Schutzmann und forderte ihn auf, den Namen eines Zivilisten festzustellen, der vor dem Theater Gewalttätigkeiten verübte und verschiedene Genossen tätlich mißhandelt hatte. Umherstehende Reichswehrsoldaten mischten sich in die Angelegenheit, verhafteten den Gewerkschaftssekretär und führten ihn nach der Kaserne ab.

Etwas später wurde unser Parteigenosse Max Heblich von Beruf Pflasterer, der die Theatervorstellung gar nicht besucht hatte, sondern auf dem Heimweg von seiner Arbeitsstelle war, von Reichswehrsoldaten aufgegriffen, beschimpft, verhaftet und ebenfalls nach der Kaserne abgeführt.

Um 8¼ Uhr abends wurden der Gewerkschaftssekretär und der Genosse Max Heblich miteinander in eine Zelle des Militärarrestes gesperrt.

Spät nach Mitternacht — um ½2 Uhr — polterten vier in Zivil gekleidete Personen und zwei Reichswehrsoldaten (unter den Zivilisten Leutnant Brand und der ehemalige Deckoffizier Grodek) in die Zelle, rissen unseren Gewerkschaftssekretär und den Genossen Heblich von der Lagerstatt, beschimpften die beiden Genossen in der unflätigsten Weise mit Schimpfnamen wie: Schufte, Vaterlandsverräter, Schweinehunde, Lumpenkerls und dergleichen. Besonders Brand und Grodek leisteten sich in den Beschimpfungen das Unglaublichste.

Trotzdem unsere beiden Genossen nicht ein Wort auf die Beschimpfungen erwiderten und sich in keiner Weise zur Wehr setzten, wurden sie nunmehr auch von den in die Zelle Eingedrungenen, insbesondere von Brand und Grodek, tätlich auf das schwerste mißhandelt.

Unser Gewerkschaftssekretär mußte sich splitternackt ausziehen und wurde nach Waffen durchsucht. Grodek schrie ihn nachher an: „Wenn wir Waffen bei dir gefunden hätten, du Schuft, dann hätt' ich dich sofort an die Wand stellen lassen." Vorher schon hatte Brand zu Genossen Heblich geschrien: „Dich lassen wir überhaupt nicht mehr aus. Euch Schufte erschlagen wir."

Während des Bekleidens wollte Grodek unserem Gewerkschaftssekretär den in der Zelle stehenden Abortkübel mit vollem Inhalt aufstülpen. Ein danebenstehender Zivilist verfügte aber doch über soviel Verstand, diese nicht zu beschreibende Handlung zu verhindern.

Unser Gewerkschaftssekretär hat durch die rohen Mißhandlungen folgende schwere Verletzungen erlitten: Hieb- und Stichwunden am Kopf, eine Rißwunde an der rechten Wange, Beulen am Kopf. Die Oberlippe ist vollkommen durchschlagen.

Zu den Mißhandlungen bedienten sich die Beteiligten eiserner Schlagringe. Unser Gewerkschaftssekretär leidet an furchtbaren Kopfschmerzen und ist durchaus arbeitsunfähig.

Auch Genosse Heblich erlitt durch die Mißhandlungen sehr bedenkliche Verletzungen am Kopf und im Gesicht.

In derselben Nacht spielte sich im Militärarrest noch eine andere haarsträubende Gewalttätigkeit ab:

Genosse Joseph Knon, seines Berufes Maurer in Grubweg, verbüßte im Militärarrest eine noch aus seiner Dienstzeit her resultierende Strafe von 7 Tagen Mittelarrest. Er sollte gestern (Mittwoch) entlassen werden, wurde auch richtig entlassen. In der Nacht vorher, von Dienstag auf Mittwoch — es mag bald nach Mitternacht gewesen sein — erschienen in seiner Zelle drei Zivilisten, unter ihnen Leutnant Brand und Deckoffizier Grodek, mit dem Wachthabenden, dem Sergeant Glaser.

Der Sternsteinhof.

Eine Dorfgeschichte von Ludwig Anzengruber.

1.

Ein Gußregen war herniedergerauscht. Wallend und gischend schoß das sonst so ruhige Wässerlein zwischen den zwei Hügeln dahin; auf der Höhe des einen stand ein großes, stolzes Gehöft, am Fuße des andern, längs den Ufern des Baches, lag eine Reihe von kleinen Hütten.

Die letzte dieser Hütten war gar verwahrlost, der Türstock stand fast frei in der geborstenen Mauer, die Fensterrahmen hingen schief, hie und da guckte ein nackter Stein aus dem rauhen, verwitterten Anwurfe hervor und wenn auch die ärgsten Risse und Sprünge mit Lehm verschmiert und mit Heu und Stroh verstopft waren, so machte das den Anblick nicht besser. Dahinter stieg ein schmaler Streif bearbeiteten Bodens hinan, bestellt mit etlichen Gemüsebeeten, einem Acker mit Krautköpfen und einem andern mit Kartoffelpflanzen. Die Einfriedigung dieses Besitztums war mehr angedeutet als wirklich, von Schlingpflanzen umwucherte Pflöcke standen weitab von einander und quer zwischen deren gabelförmigen Enden lagen vermorschte, schlanke Baumstämme.

Wenn der Bach, in den sie allen Unrat leiteten und warfen, träge dahinfloß, dann machte er der ärmlichen Siedlung viel Unlust, dann befiel auch die Beschränktesten da unten eine unklare Empfindung, in welcher Enge, in welchem Schmutze sie dahinlebten, aber heute wuschen die Wasser dahin und in die kühlende Feuchte der Luft mischte sich frischer Erdgeruch und würziger Pflanzenduft, und auf dem Sternsteinhof dort oben konnten sie es auch nicht wohlatmiger und gesünder haben.

Auf dem Bänklein vor der letzten Hütte saß ein etwa vierzehnjähriges Mädchen, außer einem Kopftuche, einem Hemdchen von ungebleichtem Leinen und einem verwaschenen, blauen, weißgetüpfelten Röckchen, hatte es nichts am Leibe. Die Kleine hatte die Füße an sich gezogen, daß sie in der Luft baumelten, nur manchmal streckte sie den linken aus, drückte die Sohle in die feuchte Erde und sah nach dem Grübchen, bis sich dieses mit Wasser füllte, dann war der Schuh fertig. Ja, wer Schuhe hätte, der könnte unter die reichen Leute gehen, wohl auch da hinauf nach dem Sternsteinhof.

Sie hob wieder das Köpfchen. Von ihrem Gesichte war nichts zu sehen als das runde Kinn, der untere Teil der vollen Backen und die Spitze der kleinen Nase zwischen dem Spalt des Kopftuches, das sie zum Schutze der Augen tief in die Stirne gezogen hatte, denn das war auch nötig, hinter dem Hügel, ihr im Rücken, ging eben die Sonne unter und daher flammten die Fenster des Gehöftes, nach dem sie so unverwandt hinsah, in sprühendem Feuer. Das nasse Schieferdach des Wohnhauses, das dort inmitten weitläufiger Wirtschaftsgebäude stand, verschwamm förmlich in dem tiefdunklen Grau der Wolken, die dahinter standen, und nur an den Rändern einen ganz schmalen, rotgoldenen Saum zeigten, so daß es fast aussah, als reiche der Sternsteinhof bis an den Himmel.

Wunder hätte es das Kind nicht genommen! So weit der Himmel reicht — o, wie weit war das — gehört aller Boden zum Sternsteinhof und noch ein gutes Stück ebenen Landes dazu. Was die Wiesen an Vieh ernähren konnten, die Aecker zu tragen vermochten, das hatte der Sternsteinhof-Bauer in Ställen und Scheunen. Da sagten ja die Leute, daß ihm alles wie vom Himmel fiel, seit er den feurigen Stein, die Sternschnuze, die just zur Zeit, als er den neuen Hof zu bauen begann, auf seinen Grund herniederschoß, aus der Erde heben und in das Fundament einmauern ließ.

Plötzlich wirbelte inmitten des dunklen Grau ein helles, sandfarbenes Wölkchen lustig empor, der Rauch, der aus einem der Schornsteine über dem Schieferdache aufstieg. Das Mädchen starrte danach hin und seufzte leise. Von der Seite gesehen, mit dem übergebundenen Tüchelchen, dessen Zipfel hohl und spitz, das Gesicht verdeckte, mußte sich ihr Köpfchen wie das eines kurzschnäbeligen Vogels ausnehmen und nachdem sie vorhin nach dem Goldrande der Wolken aufgeblickt hatte, und nun gerade vor sich hinsah, so war es, als hätte zuerst der Vogel, etwa aus der jungen Saat in die blaue Weite geguckt und plötzlich beäugte er etwas ganz Nahes und besänne sich, ob er darauf losgehen solle.

Ganz so sah es wenigstens nach der Meinung eines halbwüchsigen Bürschchens aus, das schon längere Zeit hinter den Zweigen der mannshohen Büsche im Vorgärtchen der Nachbarhütte lauerte. Als der putzige Vogel da drüben den Schnabel senkte, übermannte den Burschen in seiner Vorstellung so, daß er mit dem Knebel, den er sich aus einem seiner Hemdärmel drehen wollte, um den lauten Ausbruch seiner Heiterkeit zu ersticken, nicht mehr rechtzeitig zu Stande kam und nun in ein prusteindes gröhlendes Lachen ausbrach, dem aber sofort ein krampfartiger, pfeifender Husten folgte.

Die Kleine schrak anfangs heftig zusammen, jetzt aber klatschte sie in die Hände und rief lachend: „Siehst, das geschieht Dir recht, Muckerl, das ist die Straf' dafür, daß du die Leut' so erschreckst."

Was auch der Angeredete zu entgegnen gedachte, eine Entschuldigung oder eine Grobheit, für den Augenblick mußte der die eine wie die andere für sich behalten. Er lehnte an der Mauer und rang nach Luft und in sein Gehuste klang das helle, fröhliche Lachen von drüben.

Eine dralle, behäbige Frau setzte mit einem ärgerlichen Rucke Pfanne und Topf, die sie eben zur Hand genommen, auf den Herd zurück und trat unter die Tür.

„Was gibt's denn da wieder für Dummheiten?" sagte sie. „Muckerl, Du wärest wohl jetzt alt genug, um gescheidt zu sein."

„Es ist aber weiter nix, Mutter als a Bissel an Hetz," sagte der Bursche.

Die mütterliche Mahnung an sein Alter schien allerdings wohl angebracht. Wie er so dastand, barhäuptig und barfüßig, in Hemdärmeln, verlegen an dem einen einzigen Hosenträger zerrend, erschien er so engbrüstig, so völlig in der Entwicklung zurückgeblieben, kaum so groß wie das Dirnchen vor der Hütte nebenan und er mag es wohl ein um das anderemal vergessen, daß er volle drei Jahre mehr zähle, wie denn auch die Leute, denen davon gesagt wird, sich's gewöhnlich wiederholen lassen und dazu noch den Kopf schütteln.

Für Personen, die schon etlichemal die Gelegenheit wahrnahmen, wohlangebrachte Mahnungen zu äußern, hatte es sicher nichts Ueberraschendes, daß Muckerl, sobald ihm die Mutter den Rücken kehrte, zum Vorgärtel hinaushuschte.

Er näherte sich dem Mädchen.

„Gut'n Abend, Helen'l"

„Gut'n Abend, Muckerl. Rück' zuher." Sie machte ihm auf dem Bänkchen Platz. „Was hast denn vorhin so gelacht, wie nix g'scheidt?"

„Ueber Dein' Vogelhauben. Geh' tu's weg." Er löste ihr den Knoten.

Das Dirnchen griff nach dem Tuche, das ihr in den Nacken sank und legte es vor sich in den Schoß. „Was irrt Dich denn das, dummer Ding?"

„Freilich irrt's mich, weil ich Dein G'sicht gern säh'."

„Na, so gaff'." Sie drehte den Kopf über die eine Schulter nach ihm und sah ihm ganz nah, ohne zu lachen, in die Augen. „Hast leicht noch kein solch's g'sehn?"

Er schüttelte den Kopf.

Es war ein vollbäckiges Kindergesicht mit gesundem Rot auf der kaum merklich braun angehauchten Haut, umrahmt von reichen Flechten schwarzen Haares mit bläulichem Schimmer. Die Stirne war frei, wölbte sich oben etwas vor, das gerade Näschen zeigte einen fein modellierten Rücken und zierliche Nüstern, die brennend roten Lippen waren voll, die obere schien ein klein wenig aufgeworfen, die untere bischen eingekniffen, unter dichten Augenbraunen und zwischen schwerbefransten Lidern funkelten ein Paar graue Augen mit merkwürdig großen, dunklen Sternen.

(Fortsetzung folgt.)

Knon wurde nun aus dem Schlaf gerissen und gefragt, ob er Zivilist oder Reichswehrsoldat sei. Nachdem er ersteres erklärt hatte, beschimpften Brand und Grodek unseren Genossen in gewöhnlichster Weise, nannten ihn: **Schuft, Schweinehund, Vaterlandsverräter** und anderes, fielen **ohne irgend eine Veranlassung über Genossen Knon her und mißhandelten ihn mit eisernen Schlagringen so lange, bis er bewußtlos zu Boden sank. Den Bewußtlosen ließ man dann bis zum Morgen in seinem Blut und im Schmutz liegen.**

Genosse Knon ist geradezu furchtbar hergerichtet. Sein rechtes Auge ist schwer verletzt, durch verschiedene Schlagringhiebe gänzlich blutunterlaufen, die Lider und die Augenumgebung sind schwarz, dunkelblau und gänzlich verschwollen. Der ärztliche Befund weist einige Löcher am Kopf und starke Hautabschürfungen im Gesicht und an der Nase auf. Auch ein Vorderzahn ist Genossen Knon eingeschlagen.

Wie schon erwähnt, wurde Genosse Knon nach verbüßter Strafe Mittwoch, nachmittags ½4 Uhr, entlassen. Der Militärarzt meinte anläßlich der Entlassung Knons aus dem Militärarrest: „Knon könne zur Behandlung seiner Wunden immerhin in die Kaserne kommen und militärärztliche Hilfe in Anspruch nehmen." — was Genosse Knon natürlich ablehnte. . . .

Es ist der Fluch des Versailler Friedensvertrages, daß uns die Entente zwingt, ein Söldnerheer zu halten. Wären wir frei, so würden wir eine Miliz schaffen, ähnlich wie in der Schweiz, die zu einem wahren Volksheere ausgebaut werden könnte. Jeder wehrfähige Mann müßte im Jahre einige Wochen einrücken, so aber müssen wir ein Söldnerheer halten, wo jeder, der sich meldet, mindestens 12 Jahre ununterbrochen Dienst tun muß. Ein solches Söldnerheer wird immer in der Hand derer sein, die ihm am meisten versprechen und am meisten bieten. Es wird, wie die Söldnerheere nach dem dreißigjährigen Kriege, zu einer großen Gefahr für das Volk und letzten Endes zu einer Geißel der Menschheit.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 17. März.

Heinrich Heine und die Wucherer.

Gott versah uns mit zwei Händen,
Daß wir doppelt Gutes spenden,
Nicht um doppelt zuzugreifen
Und die Beute aufzuhäufen
In den großen Eichenthron
Wie gewisse Leute tun — —
Ihren Namen auszusprechen,
Dürfen wir uns nicht erfrechen — —
Hängen würden wir sie gern.
Doch sie sind so große Herren!
Philantropen, Ehrenmänner.
Manche sind auch unsre Gönner,
Und man macht aus deutschen Eichen
Keine Galgen für die Reichen.

Der Deutsche Seefahrtsausschuß, die paritätische Vertretung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Seeschiffahrt, hat sich in seiner letzten Tagung mit der Treibminengefahr beschäftigt und über die Frage der Einführung von Arbeitnehmervertreitungen in den Betrieben der Seeschiffahrt beraten. Als übereinstimmende Meinung sämtlicher Mitglieder des Seefahrtsausschusses wurde festgestellt, daß die Einführung von sogenannten „Bordräten" mit allen den Betriebsräten im Binnenland zugewiesenen Befugnissen unmöglich ist und in anderer Weise für die Vertretung der Arbeitnehmer gegenüber den Arbeitgebern gesorgt werden muß, wie das schon mittels der Verpflegungsausschüsse geschehen ist und durch Heranziehung von Mitgliedern der Mannschaft auch noch in anderer Weise geschehen kann. Daneben müssen nach Ansicht des Seefahrtsausschusses die Seefahrtsämter paritätisch ausgebaut werden, um in ihnen den Arbeitnehmern in der Seeschiffahrt die Vertretung ihrer Interessen, insbesondere bei der Behandlung von Beschwerdefällen aller Art, zu gewährleisten. Die Vorschläge des Deutschen Seefahrtsausschusses für die in § 5 des Gesetzes über die Betriebsräte vorgesehene Sonderregelung der Arbeitnehmervertretung in der Seeschiffahrt werden noch im Laufe dieses Monats der Regierung eingereicht werden. Schließlich beschäftigte sich der Deutsche Seefahrtsausschuß eingehend mit der schwierigen Frage der Ausübung des Wahlrechts zum Reichstag durch die seemännische Bevölkerung.

Pflege der deutschen Kriegsgräber in Courtrai (Kortrijk). Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge hat aus Courtrai die Nachricht erhalten, daß die deutschen Kriegsgräber in Courtrai noch erhalten sind. Die Instandhaltung dieser Gräber ist laut Friedensvertrag Sache der belgischen Regierung. Allen Angehörigen, die jedoch besondere Wünsche für die Pflege der Gräber oder deren Schmuck an Gedenktagen haben, kann der Volksbund mit Rat und Tat helfen. Der Volksbund hat die Möglichkeit, durch ortsansässige Gärtner, die ihm behördlich empfohlen worden sind, für die weitere Ausschmückung der deutschen Gräber in Courtrai zu sorgen. Alle Wünsche sind dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (neue Postadresse: Berlin-Charlottenburg 5, Königsweg 30) baldigst mitzuteilen, damit die Vermittelung derselben rechtzeitig erfolgen kann.

Schutzbestimmungen bei Zwangsvollstreckungen gegen Kriegsteilnehmer. Die Verordnung zum Schutz der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsvollstreckung vom 17. Juni 1919 sieht vor, daß die Zwangsvollstreckung gegen Kriegsteilnehmer auszusetzen ist, wenn ihre Durchführung eine unbillige Härte gegen den Kriegsteilnehmer bedeuten würde. Mit Rücksicht darauf, daß die weitere Entwickelung der wirtschaftlichen Lage den besonderen Schutz wirtschaftlich schwacher Kriegsteilnehmer, vor allem auch der jetzt heimkehrenden Gefangenen, nicht unentbehrlich gemacht hat, ist diese Verordnung bis zum 1. Juli 1920 verlängert worden.

Zu den Kirchenwahlen schreibt uns das Statistische Amt: Die Wahlvorschläge für die am nächsten Sonntag stattfindenden Kirchenvorstands- und -Ausschußwahlen sind am letzten Sonnabend veröffentlicht. Nach den gesetzlichen Bestimmungen müssen die Vorschläge in den Fällen, in denen nur eine Vorschlagsliste eingegangen ist, doppelt so viele Namen enthalten, als Mitglieder zu wählen sind. Diese Vorschrift ist aus dem Grunde getroffen worden, um für etwa vor Ablauf der Amtszeit wegen Sterbefälle, Fortzugs oder aus anderen Gründen ausscheidende Mitglieder Ersatz zu haben. Die vielfach verbreitete Ansicht, daß auf dem Stimmzettel nicht mehr Namen stehen dürfen, als Vorsteher zu wählen sind und daß die übrigen Namen gestrichen werden müssen, ist eine durchaus irrige. Jeder Stimmzettel darf nach § 10 Abs. 8 des 4. Nachtrages zur Ordnung für die ev.-luth. Kirchengemeinden so viele Namen enthalten als für den Wahlvorschlag zugelassen sind, d. h. wenn 14 Personen auf dem Wahlvorschlag aufgeführt sind, kann der Stimmzettel auch mit diesen 14 Namen abgegeben werden. Jeder einzelne Wähler hat zwar das Recht, Streichungen und Umstellungen auf seinem Stimmzettel vorzunehmen, aber er ist nicht dazu verpflichtet. Der Stimmzettel wird nicht ungültig, wenn er unverändert abgegeben wird. Wer Streichungen und Umstellungen vornimmt, beachte aber genau die Bestimmung, daß die Namen untereinander — nicht nebeneinander — stehen und daß sie mit fortlaufenden Ziffern versehen sein müssen. Einfache Umnumerierung der Ziffern macht den Stimmzettel ungültig. Die Namen auf dem Stimmzettel dürfen nur einen für die betreffende Kirchengemeinde öffentlich bekanntgegebenen Wahlvorschlägen entnommen sein.

Für Volkserziehung und -Unterhaltung. Die von der Kampfgruppe der Lübecker Jugendverbände gegen Schund in Wort und Bild am Montag nachmittag in der Stadthalle veranstaltete Musterlichtspielvorführung hatten einen beispiellosen Erfolg. Die zahlreich erschienene Jugend folgte dem Laufbild „Der Rattenfänger von Hameln" mit großem Interesse. Leider waren die anwesenden Ordner dem Andrang kaum gewachsen. Die Kampfgruppe wird aber sicher beim nächsten Male diesem Uebelstande zu begegnen wissen.

Die Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft, deren Mitgliederzahl noch jeden Tag steigt (zZt. über 450) und die in der kurzen Zeit ihres Bestehens bereits über 150 Siedlern aller Volksschichten Land verschafft hat, hält am Montag, dem 22. März in den Zentralhallen, Dankwartsgrube, eine Hauptversammlung ab. Herr Garteninspektor Maaß spricht über das zeitgemäße Thema: „Wie richten wir unsern Garten ein?"

Angrenzende Gebiete.

Rostock. Wohin uns die freie Lederwirtschaft führte zeigt die neue Preistabelle des Schuhmacher-Amts zu Rostock und Umgegend. Es kosten jetzt Neuarbeiten: Herren-Schnürstiefel, bessere Ausführung 696 Mk., Damen-Schnürstiefel, bessere Ausführung 643 Mk., Halbschuhe und Promenadenschuhe weniger ca. 50 Mk., Stiefel ca. die Hälfte der Neuarbeit. Reparaturen: Herren-Sohlen und -Flecke von 69 bis 91 Mk., Herren-Flecke 18 Mark, Damen-Sohlen und Flecke von 48 bis 62 Mk., Damen-Flecke 12 Mk. Da das Leder und sonstige Materialien täglich noch steigen, so können die angegebenen Preise nicht für bindend erklärt werden.

Kuxhaven. Fischindustrie A.-G. In Berlin fand die Gründung einer neuen Industriegesellschaft statt, deren Zweck der Betrieb einer Fischindustrie zur Bearbeitung für die See- und Flußfische, insbesondere für die Zwecke der Räucherei und Marinierung, sein wird. Die Gesellschaft, die sich Fischindustrie-A.-G. nennt, hat ihren Sitz in Kuxhaven. Sie ist mit einem Aktienkapital von 1 200 000 Mk. ausgestattet. An der Gründung sind außer dem Bankhaus Bleichröder die Diskonto-Gesellschaft Berlin, die Firma Warburg u. Co.-Hamburg, Direktor Burmeister-Nordenham und Karl Busch-Berlin beteiligt.

Lüneburg. Verhaftung zweier Mordverdächtiger. Es ist gelungen, zwei des Mordes an der Haustochter Emma Tödter in Tewel, Kreis Soltau, verdächtige Personen festzunehmen. Es handelt sich um einen ehemaligen Vizefeldwebel und den gesuchten Reisenden einer Hamburger Firma. Beide bestreiten indes, mit dem Mord irgend etwas zu tun zu haben.

Oldenburg. Der Voranschlag über die Einnahmen und Ausgaben des Landesteils Lübeck für das Jahr 1920, über den der Berichterstatter Fick-Stockelsdorf (Soz.) im Landtag referierte, ergibt eine Gesamteinahme von 4 113 000 Mk. gegen 2 057 000 Mk. in 1919. Demnach mehr 2 056 000 Mark. Die Gesamtausgaben für 1920 betragen: 2 833 500 Mark, für 1919: 1 851 500 Mk. Demnach für 1920 mehr: 982 000 Mark. Die außerordentlichen Ausgaben betragen voranschlagsmäßig für das Jahr 1919: 300 000 Mk., für das Jahr 1920: 449 500 Mk. Demnach Mehrausgaben für 1920: 149 500 Mk. Die ordentlichen Einnahmen für das Jahr 1920 sind veranschlagt mit 3 306 000 Mk. Dem stehen an ordentlichen Ausgaben 2 384 000 Mark gegenüber. Somit bleibt ein Ueberschuß von 922 000 Mk. Die außerordentlichen Einnahmen sind veranschlagt zu 807 000 Mark, die außerordentlichen Ausgaben zu: 449 500 Mk., sodaß sich ein Ueberschuß ergibt von 337 500 Mk. Unter Berücksichtigung der beantragten Aenderungen stellen sich die Einnahmen auf: 4 113 000 Mark, die Ausgaben auf: 2 838 220 Mk. Bleibt ein Ueberschuß von 1 274 780 Mk. Dieser Ueberschuß ermäßigt sich auf 974 780 Mk., da beabsichtigt wird, den Betriebsfonds von 150 000 auf 450 000 Mk. zu erhöhen.

Arbeiterbewegung.

Die genossenschaftlichen Reichstarife für Bäcker und Transportarbeiter. In der tariflichen Regelung der Arbeitsverhältnisse in den konsumgenossenschaftlichen Betrieben führt die Entwicklung über die genossenschaftlichen Reichstarife hinaus zum allgemeinen Reichstarif. Gemäß dem Stande dieser Entwicklung wird die Erneuerung der Reichstarife der in den konsumgenossenschaftlichen Betrieben beschäftigten Bäcker und Transportarbeiter nicht erfolgen. Bei den Verhandlungen über die Neuregelung der Tarife einigten sich die Genossenschaftsvertreter auf folgende Erklärung:

> Die Genossenschaften sind der Auffassung, daß **genossenschaftliche** Reichstarife **keine Berechtigung mehr** haben und in der Praxis im allgemeinen durch **einheitliche Abmachungen für das Gesamtgewerbe,** durch Reichstarife oder durch Abmachungen an den einzelnen Orten, **ersetzt** werden müssen. Diese natürliche Entwicklung muß nach Möglichkeit gefördert werden. **Die Genossenschaften verlangen,** daß ihre gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen hierbei **keine ungünstigere Behandlung** erfahren, als **die privatkapitalistischen Betriebe.** Sie lehnen eine **unterschiedliche Bewertung von Groß- und Kleinbetrieben als unverantwortliche Hemmung des Ausbaues der Gemeinwirtschaft grundsätzlich ab.** Die Genossenschaften erklären sich ausdrücklich bereit, wie bisher über die allgemeinen Verpflichtungen hinaus ihre sozialen Fürsorgeeinrichtungen zu erhalten und auszubauen.

Die bisherigen Tarife laufen vertragsmäßig bis zum 31. Juli 1920 mit Gültigkeit für beide Teile, ebenso behalten bis dahin die Tarifamtsbeschlüsse ihre Gültigkeit, auch bleibt das Tarifamt in Funktion. Der Gestaltung der konsumgenossenschaftlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind neue Wege gewiesen. Möchten sie zu Formen führen, die den sozialisierten Betrieben die Erfüllung ihrer Aufgaben und die Erweiterung ihres Aufgabenkreises im Interesse des ganzen Volkes gestattet, die sich nicht zugunsten privater Ausbeuter der Produzenten und Konsumenten unter Ausnahmegesetze stellt und die friedliche Lösung aller Fragen ermöglicht.

Welt und Wissen.

Höhlendünger in Deutschösterreich. Der Mangel an Dungmitteln für die Landwirtschaft und die Behinderung der Einfuhr von Kunstdünger führte dazu, daß alles versucht wird, um Ersatz zu schaffen. Da es längst bekannt ist, daß sich der in den Alpenhöhlen lagernde Dünger durch seinen Gehalt an Phosphorsäure als Dungmittel eignet, ist man jetzt in Oesterreich daran gegangen, ihn auszunützen. In einem jüngst erschienenen Bericht der österreichischen Landwirtestelle werden darüber nähere Angaben gemacht. Es wird darauf hingewiesen, daß zunächst die Peggauer Höhlen in Steiermark ausgenützt wurden. Bis Ende 1919 wurde auf eine Förderung von 500 Bahnwagen gerechnet. Es wurden aber nur 168 Bahnwagen gewonnen. Anfang Oktober 1919 wurde dann der Peggauer Betrieb ganz eingestellt, weil dieser Höhlendünger nur 4 bis 6 Prozent Phosphorsäure enthielt. Die Ausbeutung der Höhlen bei Mixnitz in Steiermark war günstiger. Es wurde eine Drahtseilbahn erbaut, die von einer hochgelegenen Höhle den Dünger herabzubringen ermöglichte. In den nächsten Monaten wird sie in Betrieb gesetzt werden. Es gab große Schwierigkeiten in der Versorgung der dort beschäftigten Arbeiter, da keine Lebensmittel zur Verfügung standen. Deshalb wechselten die Arbeitskräfte häufig, und das hinderte das Fortschreiten der Arbeiten. Es wird von den Sachkundigen angenommen, daß 1920 1500 Bahnwagen, 1921 3000 Bahnwagen Höhlendünger gewonnen werden können, also eine Ausbeute von 45 Millionen Kilogramm in zwei Jahren. Es müssen daher ungeheure Höhlendüngermassen vorhanden sein. Länger als zwei bis drei Jahre dürfte die Ausbeute allerdings kaum möglich sein, weil der ganze Bestand auf annähernd 5000 Bahnwagen angenommen wird. Dieser Höhlendünger soll zwölf Prozent Phosphorsäure enthalten.

Inserate finden durch den **„Lübecker Volksboten"** in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im **Lübecker Volksboten**

Zu verk. eine schwarzfeid. volle Schoß-Bluse. (3070 Kottwitzstr. 50 I., l.

Zu verk. e. g. Kinderwagen. (3058 Josephinenstr. 23 I.

Kinderklappstuhl, Badekorb zu verk. (3060 Wakenitzstr. 38/20.

Ein guter Kleiderrock bill. zu verk., zu bes. morgens. 3093) Hundestr. 4. Hthf.

Ein neuer weißer Bordenhut zu verkaufen. 3066 Chaloistraße 10.

1 Paar Damenstiefel, Gr. 37, zu verkaufen. 3095 Wickedestr. 48, II.

Große Bohnen, e. Mädchenhut f. d. Alter v. 7—10 J., u. e. Marinemütze zu verk. 3052) Leisingstr. 8, part.

Ein f. neuer Sommerhut, pass. f. Konfirmandin, billig zu verk. Bes. 3 weiße Herrenhüte, Gr. 57½. 3069) Chaloistr. 9, part.

Zu kaufen gesucht 4 gut erh. Rohr-Stühle. Angebote unter P T 16 an die Exp. d. Bl. 3074

Verloren am Montag vormittag in der Feldstraße ein schwarzes Portemonnaie mit Inhalt. Abz. geg. Bel. 3099 Feldstraße 20.

K. kauf. ges. 2 P. n. guerh. Damenstiefel, Gr. 40 41 u. 36/37, n. z. w. Dr. Ang. u. K C 53 a. d. Exp. (3088

Heinr. Brüggmann
Schneidermeister
wohnt jetzt (3061
Tremskamp 13.

Prima-Wechsel
in Block.
Zu beziehen
Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Für Herbergen
Fremden-Meldezettel
in Block.
Zu beziehen
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Privatdrucksachen
gewinnen in der heutigen Zeit immer mehr an Bedeutung.

Glückwunschkarten
Hochzeitseinladungen
Verlobungsanzeigen
Danksagungen
Visites

fertigen wir in kürzester Zeit geschmackvoll zu angemessenen Preisen an

Lübecker Volksbote
Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.
Geschäftszeit von 8—6 Uhr.

Kleine Anzeigen
im „Lübecker Volksboten"
bei denen Käufer und Verkäufer
innerhalb der werktätigen Bevölkerung
zu suchen sind, werden vormittags bis 10 Uhr in unserer Geschäftsstelle Johannisstraße 46 entgegengenommen und haben bestimmt großen Erfolg!